US-Kriegsdrohung gegen Korea S.2

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 27 vom 5. Juli 1975 9. Jahrgang 50 Pfennig

Rede des Genossen Ernst Aust

Vorwärts auf dem Weg zur Einheit der Marxisten-Leninisten

Auf einer Veranstaltung der KPD/ML in Westberlin hat der Vorsitzende unserer Partei, Genosse Ernst Aust, eine wichtige Rede zur Frage der Einheit der Marxisten-Leninisten gehalten. Obwohl die KPD/ML Erfolge im Zusammenschluß der Marxisten-Leninisten erzielt hat, ist die Zersplitterung der marxistisch-leninistischen Kräfte nach wir vor eine wichtige Ursache für die relative Schwäche der revolutionären Arbeiterbewegung unseres Landes. In seiner Westberliner Rede wendet sich Genosse Ernst Aust an die Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei und an alle Marxisten-Leninisten außerhalb der KPD/ML mit dem Aufruf, Fehler kleinbürgerlichen Konkurrenzdenkens zu überwinden, den Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten zu verstärken.

Genossinnen, Genossen,

„**Werdet doch erst einmal selbst einig**", mit diesen von den Kollegen uns und den Genossen anderer revolutionärer Organisationen gegenüber oft gebrauchten Worten, beginnt die Vorbemerkung unseres Theoretischen Organs Nr. 2 „Der Aufbau der bolschewistischen Partei im Kampf gegen den modernen Revisionismus". Und ist diese Forderung, dieses „werdet Euch doch erst einmal selber einig", nicht zutiefst berechtigt?

Niemand anders als die Arbeiterklasse weiß aus ihren alltäglichen Erfahrungen des Klassenkampfes, daß nur die Einheit stark macht, daß man die fünf Finger einer Hand einzeln leicht brechen kann, schwer aber nur die geballte Faust. **Was die deutsche Arbeiterklasse, das deutsche Volk zu seiner Befreiung braucht, ist eine einheitliche, starke, bolschewistische Partei** aber keine drei, vier; **ist eine von solch einer Partei geführte Einheitsfront aller revolutionärer Klassen und Gruppen**, aber keine zwei, drei „Einheitsfronten" oder auch kommunistische Jugend-, Studentenverbände, „Rote Hilfen", „RGO's" und andere Massenorganisationen. **Ist eine Armee, die unter der Führung einer solchen Partei steht** und keine von der Partei und von den Massen losgelöste Minigruppe guevaristisch-trotzkistischer „Revolutionäre", die meinen stellvertretend für die Massen die Revolution herbeibomben zu können.

Wo liegen die Ursachen für die bestehende Spaltung der revolutionären Bewegung in mehrere Organisationen? Sicherlich kann man sie nicht aus dem sogenannten „deutschen Wesen" erklären, nach dem, wenn drei Deutsche zusammen sind, sie einen Verein, wenn sieben Deutsche beisammen sind, sie eine Partei gründen. Obwohl der kleinbürgerliche Individualismus bei der bestehenden Spaltung eine nicht unwesentliche Rolle spielt. Denn im Gegensatz zur Arbeiterklasse, die generell zur Einigung neigt, neigen Kleinbürger eher zum Gegenteil. Das zeigte sich auch im Kampf zweier Linien in unserer Partei.

Immer ist es noch so, wie der Genosse Stalin in den „Grundlagen des Leninismus" feststellte: daß das Proletariat keine nach außen abgeschlossene Klasse ist. Daß es ständig Zustrom durch Elemente aus der Bauernschaft, dem Kleinbürgertum, der Intelligenz, die durch die Entwicklung des Kapitalismus proletarisiert wurden, erhält. Daß gleichzeitig in den Oberschichten des Proletariats ein Zersetzungsprozeß vor sich geht und eine Schicht in ihrer Lebensart, durch ihr Einkommen, durch ihre ganze Weltanschauung vollkommen verspießerter Arbeiter entsteht.

„All diese kleinbürgerlichen Gruppen", sagt Stalin, *„dringen auf eine oder die andere Weise in die Partei ein und tragen in sie den Geist des Schwankens und des Opportunismus, den Geist der Zersetzung und der Unsicherheit hinein. Sie sind es hauptsächlich, die die Quelle der Fraktionsmacherei und des Zerfalls bilden, die Quelle der Desorganisation und der Sprengung der Partei von innen heraus."* –

Wenn dies aber schon für die bolschewistische Partei zutrifft, um in wieviel stärkerem Maße trifft dies erst für die gesamte revolutionäre Bewegung zu.



Zum Roten 1. Mai dieses Jahres demonstrierten unsere Partei, die KPD/ML, die GRF (KPD) und andere revolutionäre Organisationen gemeinsam. Unser Bild zeigt die Spitze des Blocks der Aktionseinheit in Dortmund.

Fortsetzung auf Seite 5

Polizeiaktion in Stuttgart und Westberlin

Anwälte Croissant und Ströbele verhaftet

Die Rechtsanwälte Croissant und Ströbele sind verhaftet worden. Gleichzeitig mit ihren Kanzleien wurden auch die Kanzleien und Privaträume von verschiedenen anderen Rechtsanwälten und ihren Angestellten durchsucht und große Mengen von Akten beschlagnahmt. Begründet wurde die Verhaftung der beiden Rechtsanwälte und die Durchsuchungsaktion mit dem Verdacht auf Unterstützung einer kriminellen Vereinigung.

Die Beweise? Die Bundesanwaltschaft braucht keine Beweise, um wie im Fall der Rechtsanwältin Marie-Luise Becker ihre Arbeitsräume zu durchsuchen und unter anderem auch Akten zu beschlagnahmen, die sie für die Verteidigung ihrer Mandantin im Stuttgarter Prozeß braucht. Mit zynischer Offenheit hieß es: Man hoffe, bei Frau Becker Waffen zu finden, um Beweise für die Unterstützung einer kriminellen Vereinigung zu finden.

Dieses faschistische Vorgehen gegen die Anwälte der RAF-Gefangenen hat eine breite Empörung hervorgerufen. Deshalb sahen sich auch einige bürgerliche Zeitungen genötigt, vorsichtig Kritik an dieser Polizeiaktion anzumelden. Gleichzeitig beeilen sie sich natürlich alle, der Justiz zu versichern, daß solche Anwälte, die sich nicht öffentlich von den revolutionären Ansichten ihrer Mandanten distanzieren, keine „unabhängigen Organe der Rechtspflege" mehr seien, sondern „Sympathisanten"; keine Juristen, sondern „politische Agitatoren" usw. und so fort.

Fortsetzung auf Seite 4

Heidelberg

Militante Kämpfe gegen Fahrpreiserhöhungen

Um 25% werden die Tarife für die öffentlichen Verkehrsmittel in Heidelberg erhöht. Nachdem bereits schon im April die Fahrpreise in Hannover ungeheuer hochgeschraubt worden sind, sollen sie wie in Heidelberg auch in anderen Städten Westdeutschlands wieder in die Höhe getrieben werden. Diese Fahrpreiserhöhungen sind eine unverschämte Ausplünderung der Werktätigen, die zu einem großen Teil auf die Verkehrsmittel angewiesen sind.



Mit Tränengaskanonen (links im Bild) versucht die Polizei, die Demonstrationen zu unterdrücken.

Dagegen haben sich in Heidelberg einige tausend zur Wehr gesetzt und an mehreren Tagen die Schienen der Straßenbahnen und die Buslinien besetzt und Demonstrationen, die zum größten Teil unter dem Einfluß des KBW standen, durchgeführt. Mit Wasserwerfern, die Wasser und ein hochkonzentriertes Tränengasgemisch spritzten, mit gepanzerten Räumungsfahrzeugen, Hubschraubern, Tränengasbomben, „Pepper fog" genannt, Gummiknüppeln und ein Meter langen Holzschlagstöcken ist die Polizei mit ca. 12 Hundertschaften gegen die Demonstranten und die Passanten vorgegangen. Die Demonstranten bauten Barrikaden aus Mülltonnen, Möbeln und Baumaterialien, griffen

Fortsetzung auf Seite 4

AUS DEM INHALT

Die Drahtzieher sitzen im Kreml

Massenverhaftungen in Indien

In Indien hat die volksfeindliche, korrupte und landesverräterische Clique um Indira Gandhi in einem Staatsstreich die noch bestehenden Freiheiten und Rechte vollends beseitigt und eine offene Diktatur errichtet und durch ihre Geheimpolizei und die Armee Tausende von oppositionellen Politikern verhaften und ins Gefängnis werfen lassen.

Kurz zuvor hatte das höchste Gericht von Allahabad Indira Gandhi nach vierjähriger Verhandlung wegen korrupter Wahlkampfpraktiken verurteilt, ihr die Ausübung aller Wahlämter für den Zeitraum von sechs Jahren verboten, sie ihres Abgeordnetenmandates enthoben und sie damit nach den indischen Gesetzen als Premierminister abgesetzt. Nur wenige Tage darauf ist dieses Urteil vom obersten indischen Gerichtshof bestätigt worden, mit der Ausnahme, daß Indira Gandhi ihr Premierministeramt vorläufig weiter ausüben darf.

Die schmähliche Verurteilung Indira Gandhis durch zwei höchste Gerichte wegen Korruption ist nicht nur ein Zeichen der völligen Verrottung dieser Clique, sondern auch Ausdruck der tiefen Unzufriedenheit und der wachsenden Empörung der indischen Volksmassen über die volksfeindliche Politik des reaktionären Gandhi-Regimes und seiner Politik des Ausverkaufs und der Unterwerfung Indiens unter die Hegemonie der sowjetischen Sozialimperialisten. Jetzt hat das Regime Indira Gandhis durch nackte Gewalt und die Errichtung der Diktatur die wachsende Empörung und den Widerstand, nachdem sogar schon führende Mitglieder ihrer eigenen Partei ihren Rücktritt gefordert hatten, brutal erstickt.

Die verheerende Niederlage der Gandhi-Partei bei den Wahlen im Staat Gujarat, die Streiks von Hunderttausenden von Regierungsangestellten und -beamten für höhere Löhne, die selbst durch Polizei und Verhaftungen nicht gebrochen werden konnten, der Kampf der Bauern in den weiten ländlichen Gebieten, die Landbesetzungen und bewaffneten Aktionen gegen verhaßte Großgrundbesitzer und Polizeioffiziere zeigen, wie verhaßt dieses Regime bereits ist.

Die sowjetischen Sozialimperialisten sind seit langem dabei, mit Hilfe der willfährigen Gandhi-Clique sich Indien zu unterwerfen, sich seine Reichtümer anzueignen und in ihrem Kampf um die Weltherrschaft mit der anderen Supermacht, den amerikanischen Imperialisten, einen strategisch bedeutsamen Vorteil zu erringen.

Durch ungleiche Handelsverträge und betrügerische Geschäftspraktiken hat Moskau dem indischen Volk bereits Millionen geraubt. Gerade erst wurde bekannt, daß die Neuen Zaren im Kreml darüber hinaus einen Teil der Profite zur Bestechung und Beeinflussung der indischen Politik verwendet haben und vor allem die modernen Revisionisten mit riesigen Summen versorgt haben. Durch sogenannte „Mischgesellschaften", die den Trusts der amerikanischen Imperialisten aufs Haar gleichen, beherrscht Moskau schon heute 30% der indischen Stahlproduktion, 60% der Erdölförderung und 85% der Produktion von schweren Maschinen. Verhandlungen über die Bildung weiterer Mischgesellschaften sind im Gange. Moskau liefert Indien die Waffen und bestärkte es in seinen expansionistischen Zielen, war der Hintermann bei der Annektion von Sikkim und Kaschmir und den jetzigen Drohungen gegen Nepal. Für Moskaus Flotte werden Indiens Häfen am Ozean ausgebaut und die Industrie mehr und mehr auf die Rüstung umgestellt, was die Lasten und das Elend des indischen Volkes noch vergrößert. **Und jetzt nach dem Putsch frohlocken die Neuen Zaren im Kreml und ihre revisionistischen Lakaien in aller Welt brechen in Jubel aus, während sie sich in Indien Indira Gandhi an die Brust werfen und sich vollster Freiheit erfreuen.**

Die Tatsachen enthüllen einmal mehr das Gesicht der sowjetischen Sozialimperialisten als imperialistische Supermacht, die mit der anderen Supermacht, den USA-Imperialisten in heftiger Rivalität um die Vorherrschaft in der Welt kämpft und dabei die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker unter ihrem Stiefel zertritt.

28 Aufsichtsratsposten für 11 Minister

Die Ausnahme – und die Regel

Ab und zu reden sie auch zum Volk, die Hüter der Verfassung. Etwa so: Leider sind unsere Gerichte immer häufiger gezwungen, gegen Maoisten und Chaoten vorzugehen, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung mit völlig haltlosen und nur der Hetze dienenden Vokabeln wie „Kapitalistenstaat" beschimpfen. Dabei – und darauf stützen wir unser Vertrauen in die Zukunft – genügt doch wirklich ein Blick auf die Wirklichkeit, auf die Realität unseres demokratischen Rechtsstaates, um zu sehen, daß bei uns Regierungen und Abgeordnete sich aufopferungsvoll bemühen, dem Volk zu dienen . . .

Ein Blick auf die Wirklichkeit? Bitte sehr:

Am 24. Juni 1975 konnte man in der „Süddeutschen Zeitung" folgende kleine Meldung lesen:

„Der Verfassungsausschuß des Stuttgarter Landtags hat auf Antrag der CDU-Landesregierung genehmigt, daß die Landesminister Adorno (Bundesangelegenheiten) und Brünner (Landwirtschaft) künftig Aufsichtsratsmandate ausüben. (. . .) Damit verfügen die elf Mitglieder des Kabinetts Filbinger, neun Minister und zwei Staatssekretäre mit Stimmrecht, jetzt über insgesamt 28 Aufsichtsratsmandate. Alle beruhen darauf, daß der Landtag jeweils Sonderregelungen traf."

Vor 25 Jahren: US Aggression gegen Korea

Washington droht erneut mit Agressionskrieg

Auf einer Pressekonferenz im Weißen Haus, stieß US-Präsident Ford schwere Drohungen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea aus: Die US-Imperialisten würden sogar soweit gehen, Atombomben gegen Nordkorea einzusetzen. Nicht zufällig erfolgte diese 2. Pressekonferenz in den Tagen, wo vor 25 Jahren die US-Imperialisten ihre Aggression gegen Korea begannen.

Vor 25 Jahren entfesselte der US-Imperialismus seine militärische Aggression gegen die Demokratische Volksrepublik Korea in der Absicht, das ganze Land unter seine Herrschaft zu bekommen. Doch das koreanische Volk erhob sich unter der Führung seiner Partei der Arbeit und führte einen machtvollen Widerstandskampf gegen die Aggressoren. Seite an Seite mit dem koreanischen Volk kämpfte das chinesische Volk gegen den gemeinsamen Feind und entsandte freiwillige Kämpfer. Drei Jahre lang wurde der machtvolle Widerstandskampf geführt, bis das koreanische Volk mit Unterstützung der Völker der ganzen Welt den Sieg errang und die Errungenschaften der Revolution im Norden verteidigte.

Dieser Sieg hatte große Bedeutung, denn es war nach Beendigung des zweiten Weltkrieges das erste Mal, daß ein Volk direkt die amerikanische Aggression besiegte und damit den Völkern der Welt in ihrem Kampf ein leuchtendes Beispiel und großer Kampfesmut gegeben wurde.



Unter den Parolen „Es lebe der siegreiche Kampf des koreanischen Volkes! Es lebe die Freundschaft der Völker! Korea den Koreanern! Deutschland den Deutschen! Ami go home!" reihte sich das deutsche Volk ein in die Kampffront gegen die US-Aggression gegen Korea. Das Bild zeigt eine Protestdemonstration der Kieler Bevölkerung im Jahr 1950 gegen den Überfall auf Korea und die Remilitarisierung Westdeutschlands.

In der Folge entwickelte sich im Norden ein blühendes Land, dessen Volk unter der Führung der Partei der Arbeit Koreas und ihrem Vorsitzenden Kim Il Sung beharrlich den Sozialismus aufbaut. In Südkorea aber errichteten die US-Imperialisten ihr Marionettenregime mit der Pak Yung Hi-Clique, die über die Bevölkerung in Südkorea eine faschistische Diktatur errichtete. Diese Diktatur aber gerät immer mehr ins Wanken.

Auf seiner Reise in die Volksrepublik China sagte Genosse Kim Il Sung über die Lage in Südkorea: „Ermutigt von dem Aufbau des Sozialismus in der nördlichen Hälfte der Republik, führen alle Bevölkerungsschichten in Südkorea einen immer heftigeren Kampf gegen den Faschismus und für Demokratie. Dadurch geht die militärische faschistische Kolonialherrschaft des US-Imperialismus und seiner Kettenhunde einer schweren Krise entgegen. Um sich aus dem Dilemma zu retten, intensivieren die US-Imperialisten und die herrschende Clique Südkoreas ihre faschistische Unterdrückung der südkoreanischen Bevölkerung und verstärken ihre Vorbereitung eines Krieges gegen die nördliche Hälfte der Republik."

Die Drohungen des US-Präsidenten Ford, im Kriegsfall mit Atombomben gegen die Demokratische Volksrepublik Korea vorzugehen, zielt eben darauf ab, den Kampf der Bevölkerung im Süden einzuschüchtern und soll die Demokratische Volksrepublik im Norden erpressen, ihren Brüdern und Schwestern im Süden im Fall eines Aufstandes jede Unterstützung zu verwehren. Diese Versuche der atomaren Erpressung, wie die US-Imperialisten sie in allen Teilen der Welt betreiben, um ihre zusammenbrechende Herrschaft aufrechtzuerhalten, zeigt klar, daß entgegen der Hetze der imperialistischen Propaganda der Aggressor der US-Imperialismus ist, der Kampf des koreanischen Volkes aber gegen die US-Vorherrschaft, gegen die faschistische Unterdrückung und für die Wiedervereinigung der Nation gerecht ist.

In seiner Rede in Peking betonte Genosse Kim Il Sung: **„Die Geschichte verläuft aber nicht nach dem Willen des US-Imperialismus und seiner Lakaien, sondern sie schreitet unaufhaltsam nach dem Willen und Handeln der Völker, die die Geschichte machen, vorwärts. Wenn die südkoreanischen Herrscher weiterhin mit Bajonetten die in der südkoreanischen Gesellschaft gärende Unzufriedenheit und Empörung der Bevölkerung unterdrükken, so führt das unausbleiblich zum Ausbruch einer um so machtvolleren Revolution. Bricht in Südkorea die Revolution aus, so werden wir als Angehörige derselben Nation nicht mit verschränkten Armen zusehen, sondern die südkoreanische Bevölkerung tatkräftig unterstützen. Wenn der Feind rücksichtslos einen Krieg entfesselt, werden wir entschieden mit Krieg antworten und jeden Aggressor restlos vernichten.**

„Frieden oder Krieg", sagte Genosse Kim Il Sung, „hängen letzten Endes von der Haltung der Vereinigten Staaten ab, denn sie sind es, die die Macht in Südkorea in der Hand haben und sich für die Herren des Landes halten." „Wenn die US-Truppen aus Südkorea abziehen und eine demokratische Person mit nationalem Bewußtsein dort die Macht ausübt, so wie es die südkoreanische Bevölkerung wünscht, werden wir einen dauerhaften Frieden in Korea fest garantieren und die Frage der Wiedervereinigung Koreas auf friedlichem Weg und unter uns Koreanern erfolgreich regeln."

NIEDER MIT DEN KRIEGSDROHUNGEN DES US-IMPERIALISMUS!
US-TRUPPEN RAUS AUS KOREA!
NIEDER MIT DER FASCHISTISCHEN PAK YUNG HI-CLIQUE!
ES LEBE DER KAMPF DES KOREANISCHEN VOLKES FÜR EIN VEREINTES, FRIEDLICHES UND BLÜHENDES KOREA!

Deine scharfe Waffe ROTER MORGEN

Seit der letzten Veröffentlichung gingen für den ROTEN MORGEN folgende Spenden ein:

Rote Garde Westberlin, Bezirk Süd, 9. 6., 6 DM – KPD/ML Westberlin, Bezirk Süd, 9. 6., 10 DM – Hochzeitsfeier am 6. 7. 74 in Haimbach Greding, 9. 6., 100 DM – V. S., Wuppertal, 10. 6., 250 DM – H. Flensburg, 10. 6., 28,60 DM – G. D., Butzbach, JVA, 13. 6., 25 DM – Spenden beim RM-Verkauf in Kempten, 13. 6., 22 DM – Th. Sch., Diez/Lahn, 16. 6., 10 DM – E. B., Stuttgart, 16. 6., 10 DM – T. H., Flensburg, 26. 6., 14,70 DM – KSB/ML TFH, Westberlin, 27. 6., 30,20 DM.

Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 506,52 DM für den ROTEN MORGEN gespendet.

Kurz berichtet

FRANKFURT

In Frankfurt sollen nach nur einem Jahr seit den letzten Fahrpreiserhöhungen für die öffentlichen Verkehrsmittel die Preise erneut steigen. Am Samstag, den 21. Juni, führte die Ortsgruppe der Partei in einer Aktionseinheit mit der GRF (KPD) und zusammen mit den Komitees gegen die Fahrpreiserhöhungen eine Demonstration durch. Der gemeinsame Zug formierte sich zum Feierabend am Tor Ost der Farbwerke Hoechst, dem größten Industriebetrieb des Rhein-Main-Gebietes. Die Demonstranten marschierten unter den Parolen „Kampf der staatlichen Ausplünderung! Weg mit den Fahrpreiserhöhungen! Keinen Pfennig mehr als bisher! Nieder mit dem imperialistischen Staatsapparat!" am Tor 1 vorbei zum Bahnhof Höchst. Dort wurde auf einer Schlußkundgebung eine gemeinsame Rede gehalten.

Im Anschluß daran führte die Partei noch drei Kundgebungen an belebten Plätzen in Höchst durch. Redner war der Genosse Schorsch Schmidt, der bereits vor einiger Zeit den Befehl zum Strafantritt bekommen hatte.

GÖTTINGEN

Im Rahmen der Aktionseinheit zur Unterstützung der Befreiungsbewegung in Oman fand auch in Göttingen eine Veranstaltung statt, die von rund 33 Freunden und Genossen besucht wurde. Die Versammelten setzten sich zum Ziel, mindestens 1 000 DM zur Unterstützung des Kampfes zu sammeln.

MARBURG

Am 20. Juni fand in der Marburger Tannenbergkaserne ein „Tag der offenen Tür" statt, an dem gleichzeitig 250 Soldaten vereidigt werden sollten. Die Rote Garde Marburg verteilte dazu ein Flugblatt, in dem sie auf die Gefahr eines neuen Weltkrieges hinwies und zum Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte aufrief.

BERICHTIGUNG

1. Im RM Nr. 24/75 war in der Beilage zu dieser Nummer „Die Rote Garde" von „25 Jahre Verbot der FDJ" die Rede. Das ist falsch. Die FDJ wurde am 22. 6. 1951 verboten.

2. In der gleichen Nummer des ROTEN MORGEN heißt es im Artikel „Sondergesetz gegen Revolutionäre", daß der §129 gegen die RAF zum ersten Mal angewandt wurde. Das ist falsch. Der § 129 wurde in den fünfziger Jahren bereits gegen eine Reihe von Organisationen und Personen angewandt, unter anderem gegen den „Hauptausschuß für Volksbefragung", gegen leitende Funktionäre der FDJ, gegen leitende Funktionäre der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, gegen leitende Funktionäre des Zentralrats zum Schutze demokratischer Rechte und zur Verteidigung deutscher Patrioten usw.

3. In RM Nr. 25 hieß es im Artikel „Kampf dem Bücherstichverbot" auf Seite 4, daß der KSB/ML unter anderem die Parole aufgestellt habe „Freiheit für die politische Agitation und Propaganda!". Das ist falsch und wurde von einem Genossen kritisiert. Richtig ist vielmehr die Parole „Freiheit für kommunistische und fortschrittliche Propaganda!" Diese Parole war auch vom KSB/ML aufgestellt worden. Denn die Arbeiterklasse und auch die fortschrittlichen Studenten haben natürlich kein Interesse, für die Freiheit der bürgerlichen Propaganda zu „kämpfen", sie kämpfen nur für die Freiheit der Ideen, die ihnen und der Revolution nützen.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06–466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH, 1 Westberlin 36. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,- DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Hoesch-Belegschaftsversammlung:

Ins Wespennest gestochen

Am 15. Juni hat im Kaltwalzwerk der Westfalenhütte (Hoesch) in Dortmund eine Teilbelegschaftsversammlung stattgefunden, auf der die modernen Revisionisten der D„K"P einmal mehr ihr sozialfaschistisches Wesen offenbarten und mit aller ihrer verräterischen Demagogie versuchten, die Kollegen vor den Krisenangriffen der Hoesch-Kapitalisten zu entwaffnen und sie auf den Weg der Klassenversöhnung zu ziehen. Was war geschehen?

Schon seit langem sind die deutschen und ausländischen Arbeiter im Kaltwalzwerk tief beunruhigt. Nicht nur, daß ihnen auf einen Schlag alle Überstunden gestrichen worden sind – schon jetzt ist jeder dritte Kollege von Umbesetzung betroffen oder muß sich umschulen lassen und die Hoesch-Kapitalisten haben bereits offen gesagt, daß alle diese Kollegen eigentlich überflüssig sind. Dies und die Tatsache, daß in den letzten Monaten die Produktion von noch 77 000 Tonnen im Februar über 55 000 Tonnen im Juli auf angekündigte 48 000 Tonnen im August fallen soll und kein Aufschwung in Sicht ist, sind untrügliche Zeichen dafür, daß Kurzarbeit vor der Tür steht. **Offen haben die Hoesch-Kapitalisten denn auch bereits erklärt, daß sie „froh sind, wenn wir den nächsten Monat im Griff haben" und „die Einhaltung der 40-Stunden-Woche uns in eine sehr schwierige Lage bringt".**

D„K"P-Betriebsrat Wetzel als Versammlungsleiter und Juso Kleinehorst als Berichterstatter versuchten angesichts dieser Lage, ebenso wie ihr revisionistischer Kumpan Vernholz, der es im Betriebsrat schon bis zum Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses gebracht hat, die Kollegen dadurch zu betrügen, daß sie sich ein besonders radikales Mäntelchen umhängten, um noch besser den Mitbestimmungsschwindel als Ausweg aus der Krise des Kapitalismus propagieren zu können. Speziell hatten sie offensichtlich gehofft, auf diese



STÄHLERNE FAUST

27.6.75.

Betriebszeitung der KPD/ML für die Hoesch-Betriebe

Was haben Wetzel und Co zu verbergen?

Kurzarbeit auf der WH ?!

Kollegen !

Die Teilbelegschaftsversammlung des Kaltwalzwerkes der Westfalenhütte am Mittwoch verlief turbulent. Kollege Norbert Bömer sagte hier den

Weise über Kurzarbeit überhaupt nicht reden zu müssen.

Die Verräter Kleinehorst und Wetzel hatten gehofft, die Arbeiter mit ihren Reden über die „politische Krise des Systems" und den „Niedergang der USA", solchen Sprüchen wie „Die soziale Marktwirtschaft funktioniert nicht mehr"; es „gibt nur einen Ausweg – Mitbestimmung" unbehelligt einfangen zu können. Sie sollten sich täuschen.

Zwei Sätze der beiden kommunistischen Arbeiter N. Bömer und K. Schröder genügten, um sie in Panik geraten zu lassen. Als Genosse Norbert Bömer sagte: **„Ich möchte hier also auch behaupten, daß der Betriebsrat auch schon heute ganz genau weiß, daß es Kurzarbeit geben wird",** rannte D„K"P-Wetzel wütend auf ihn zu und stieß ihn vom Rednerpult. Und als Genosse K. Schröder sofort darauf erwähnte, daß hier offenbar ein wunder Punkt getroffen worden sei, war es wiederum Wetzel, der den Genossen mit Gewalt vom Podium verdrängen wollte.

Er hatte aber nicht mit der Empörung gerechnet, die sein sozialfaschistisches Verhalten bei vielen Kollegen hervorrief. Türkische Kollegen sprangen von ihren Stühlen auf, pfiffen Wetzel aus und verlangten, daß Klaus weiterredet. Die Kollegen der DCR-Straße erklärten voller Empörung, wenn Wetzel zu ihnen an die Anlage käme, würden sie sofort Norbert holen, damit er ihn zur Rede stellen kann und pfiffen ihn jetzt ebenfalls aus. Nur mit Mühe und nach einmaliger Wiederholung gelang es Wetzel, durch eine „Abstimmung", in der er knapper Sieger blieb, die Ruhe wiederherzustellen.

Noch während die Versammlung weiterging, sagten viele Kollegen: „Die haben doch was zu verbergen, wenn sie so vorgehen." Allerdings! Vernholz selbst mußte noch während der Versammlung das Geständnis machen, daß im geschäftsführenden Ausschuß des Betriebsrates schon lange über Kurzarbeit gesprochen worden sei.

Die modernen Revisionisten sind Feinde der Arbeiterklasse. Durch Mitbestimmungsbetrug und Klassenversöhnung treten sie gegen den revolutionären Klassenkampf auf und versuchen die Kollegen zu entwaffnen, während sie gleichzeitig aktiv eben im Rahmen der Mitbestimmung an der Durchsetzung der Kurzarbeit usw. arbeiten.

Chemieindustrie:

Kurzarbeit und Rationalisierung

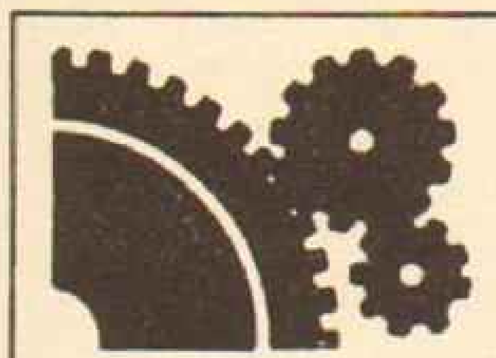
Über 23 500 Kurzarbeiter bei Bayer Leverkusen, das ist ein Drittel der gesamten Belegschaft. Damit hat sich die Zahl der Kurzarbeiter in der Chemie-Industrie ungeheuer erhöht, denn im Mai waren es bereits 36 400 Kollegen, die kurzarbeiten mußten.

Diese erneute Kurzarbeit, die für mehrere Monate angekündigt ist, zeigt, wie sich die Krise verschärft hat und alle Industriezweige erfaßt. Selbst die Regierung und ihre sogenannten Wirtschaftsfachleute, die vor kurzem noch lauthals getönt hatten, der Aufschwung werde bald kommen, müssen mittlerweile zugeben, daß sich die Krise weiter verschärfen wird, daß im nächsten Jahr die Arbeitslosigkeit mindestens genauso groß sein wird wie in diesem Jahr. Die Tatsachen zeigen, daß diese sogenannten Wirtschaftsfachleute und die Regierung mit ihren Aufschwungsprophezeiungen nichts anderes bezweckt haben, als die Arbeiter hinters Licht zu führen, damit sie die Ausmaße und Tiefe der Krise nicht erkennen und dagegen ankämpfen.

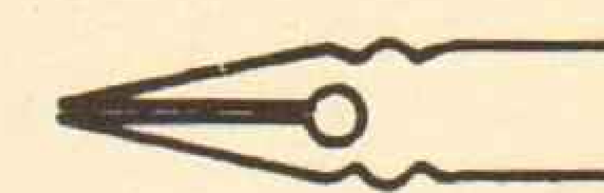
Neben der Erhöhung der Kurzarbeit und Entlassungen wird die Rationalisierung in den Betrieben auf die Spitze getrieben. Bei Casella, einem Betrieb von Hoechst, arbeiten seit April die meisten Produktionsbetriebe schon sieben Wochen kurz, von Juni bis August sind es jeden Monat zwei Wochen. In den Wochen, in denen gearbeitet wird, läuft die Produktion voll, aber mit dem Unterschied zu früher, daß die Schichten nur zu zwei Dritteln oder sogar zur Hälfte besetzt sind. Ein Teil der Kollegen ist auf Normalschicht gesetzt, und müssen Wartungsarbeiten, wie Rohre entrosten und streichen usw., machen und haben dadurch eine hohe Lohneinbuße. Außerdem wird die Belegschaft dazu gezwungen, drei Viertel des Jahresurlaubs im Juli zu nehmen. Wer schon eine Reise gebucht hat, muß das nachweisen.

Besonders unverschämt verfahren die Kapitalisten und der Betriebsrat mit den Betriebshandwerkern und den Angestellten, die keine Kurzarbeit haben: Sie erklärten kurzerhand, die Kollegen wollten „zum Wohle des Betriebs" im Juni jeden Freitag freiwillig Urlaub nehmen. Das heißt, sie sollen freitags zu Hause bleiben, aber ohne Kurzarbeitergeld, sondern auf Kosten ihres Urlaubs. Die Kollegen wehrten sich dagegen und forderten in einem Warnstreik, genau wie die anderen Kurzarbeitergeld zu bekommen.

Für viele Kollegen wird offensichtlicher, daß solche unverschämten Unterdrückungsmethoden sowie Kurzarbeit und Entlassungen von den DGB-Betriebsräten, aber auch von den modernen Revisionisten der D„K"P, die sich als Kommunisten aufspielen, gemeinsam mit den Kapitalisten ausgehandelt werden und sie dafür Sorge tragen, daß diese Maßnahmen reibungslos durchgesetzt werden. **Im Kampf gegen Kurzarbeit, Entlassungen und Rationalisierungsterror muß die Arbeiterklasse zu diesen Feinden in den Reihen der Arbeiter einen klaren Trennungsstrich ziehen, denn deren Aufgabe es ist zu verhindern, daß die Kollegen überhaupt Kampfmaßnahmen ergreifen. Die modernen Revisionisten der D„K"P wollen durch massive Propaganda für Mitbestimmung, die sie als Ausweg aus der Krise anpreisen, verhindern, daß die Arbeiterklasse im kapitalistischen System selbst die Ursache für Arbeitslosigkeit und Krise erkennt, das auf revolutionärem Weg abgeschafft werden muß, um endgültig Arbeitslosigkeit und Krise ein Ende zu setzen.**



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

"Humanisierung des Arbeitsplatzes"?

Ich möchte Euch hier einige Beispiele zu dem Artikel „Humanisierung des Arbeitsplatzes? Verschärfte Ausbeutung!" (RM 23) geben.

Meine Mutter arbeitet in einer Strickwarenfabrik. Am 13. Juni erhielt sie einen Brief der Geschäftsleitung, in dem auf die schlechte wirtschaftliche Lage eingegangen wurde. Dann wurden die „Verbesserungen" für das Jahr 1975 aufgeführt: 1. Vermögenswirksame Leistung über 39 DM statt bisher 26 DM monatlich. 2. 25 Tage Urlaub statt bisher 24 Tage. 3. Urlaubsgeld bis 2 Jahre Betriebszugehörigkeit 250 DM statt bisher 236 DM; Urlaubsgeld bis 4 Jahre Betriebszugehörigkeit 370 DM statt bisher 345 DM; Urlaubsgeld über 4 Jahre Betriebszugehörigkeit 505 DM statt bisher 472 DM. Und dann kommt der Satz, der die lächerlichen „Verbesserungen" verdecken soll und der die Arbeiter einschüchtern soll, daß sie sich nicht beschweren: „Absoluten Vorrang muß bei allen Überlegungen in der jetzigen Situation die Erhaltung der Arbeitsplätze haben."

Erst am Ende des Briefes kommt dann eine Bemerkung, in der darauf hingewiesen wird, daß meine Mutter ab 16. 6. in einem Gruppenakkordversuch arbeiten soll. Das bedeutet für sie und ihre Kolleginnen verschärfte Ausbeutung durch Arbeitshetze, gegenseitiges Antreiben untereinander und Spaltung der Kollegen. Sie wurde so von ihrem Arbeitsplatz, bei dem sie im Akkord 7,61 DM und mehr verdiente, versetzt. Am jetzigen Arbeitsplatz wurde ihr Stundenlohn auf 5,98 DM festgesetzt. Das bedeutet bei einem Vergleich der Monatslöhne bei 160 Stunden vorher 1 217,60 DM und nachher 956,80 DM. Also 260,80 DM weniger.

Dies ist in der Firma kein Einzelfall. Kolleginnen berichteten meiner Mutter, daß sie vor zwei Jahren 7 bis 8 DM brutto die Stunde verdienten, daß der Stundenlohn jetzt aber auf 5 bis 6 DM brutto gesunken sei.

Ein letztes Beispiel: Eine ausländische Kollegin will für vier Wochen in ihre Heimat nach Sizilien fahren. Darauf die Antwort des Chefs: „Sie können vier Wochen fahren, aber sie müssen mir dann einen vollwertigen Ersatz besorgen." Auch dieses Beispiel zeigt, wie die Geschäftsleitung versucht, die Arbeiter einzuschüchtern und auszubeuten.

Rot Front! Ein Genosse aus Reutlingen.

1500 Beschäftigte-kein einziger Sanitäter

Liebe Genossen!

Neulich war mir während der Arbeit sehr schwindelig und ich dachte, gehst du mal zum Sanitätsraum und läßt den Blutdruck messen. Oben angekommen, erklärte mir der Pförtner, daß er mit dem Blutdruckmeßgerät nicht umgehen könne. Ich war sehr empört, denn ich dachte, daß der Pförtner ausgebildeter Sanitäter wäre. Aber Pustekuchen. Bei uns im Betrieb verteilt der Pförtner zwar Pflaster und Tabletten, aber mehr kann er nicht, weil er kein Sanitäter ist.

Zuerst dachte ich, gut, dann ist der Sanitäter wohl krank. Aber von wegen. **Es gibt gar keinen anderen „Sanitäter" als den Pförtner.**

Man stelle sich mal vor: ein 1 500 Mann-Betrieb, der Elektrogeneratoren herstellt, also ein Betrieb, wo es doppelt wichtig ist, daß bei Unfällen schnelle Hilfe da ist, einerseits wegen der Stromstärken, mit denen die Maschinen geprüft werden, andererseits wegen der ständig steigenden Unfallgefahr durch die Arbeitshetze.

Der Betriebsrat stellte das auf der Belegschaftsversammlung aufgrund meiner Rede so hin: Man wüßte, daß es hier im argen liege, aber die Geschäftsleitung habe noch keinen Sanitäter bekommen!

Ach so, sagen viele Kollegen, einen Sanitäter gibt es nicht, aber viele neue Refa-Leute können die da oben einstellen! (Refa-Leute sind sozusagen die Leute, die die Zeit stoppen und Akkorde kontrollieren). Da sieht man mal, daß denen unsere Gesundheit schiet egal ist, meinten viele Kollegen. Daß der Betriebsrat diese Kapitalisten noch deckt, gab vielen den Rest.

Hieran kann man deutlich sehen, wie dieses miese Gesundheitssystem im Kapitalismus dient – den Werktätigen bestimmt nicht!

Rot Front! Eine Genossin aus Bremen.

"Der Witz der Woche"

Ich arbeite in einer Coop-Druckerei, also einer gewerkschaftseigenen Druckerei, die zum Coop-Konzern gehört. Ca. 30 Kollegen werden in Kürze auf die Straße geworfen (von insgesamt 250). Die Gewerkschaft behauptet immer, es gäbe keine Massenentlassungen, wenn sie, d.h. die Bonzen mehr mitbestimmen könnten. In der „Druck und Papier", der IG DruPa-Zeitung, steht dann zum Beispiel die Parole „Sichere Arbeitsplätze – Gerechtigkeit – starke Gewerkschaften", also sichere Arbeitsplätze und Gerechtigkeit durch starke Gewerkschaften.

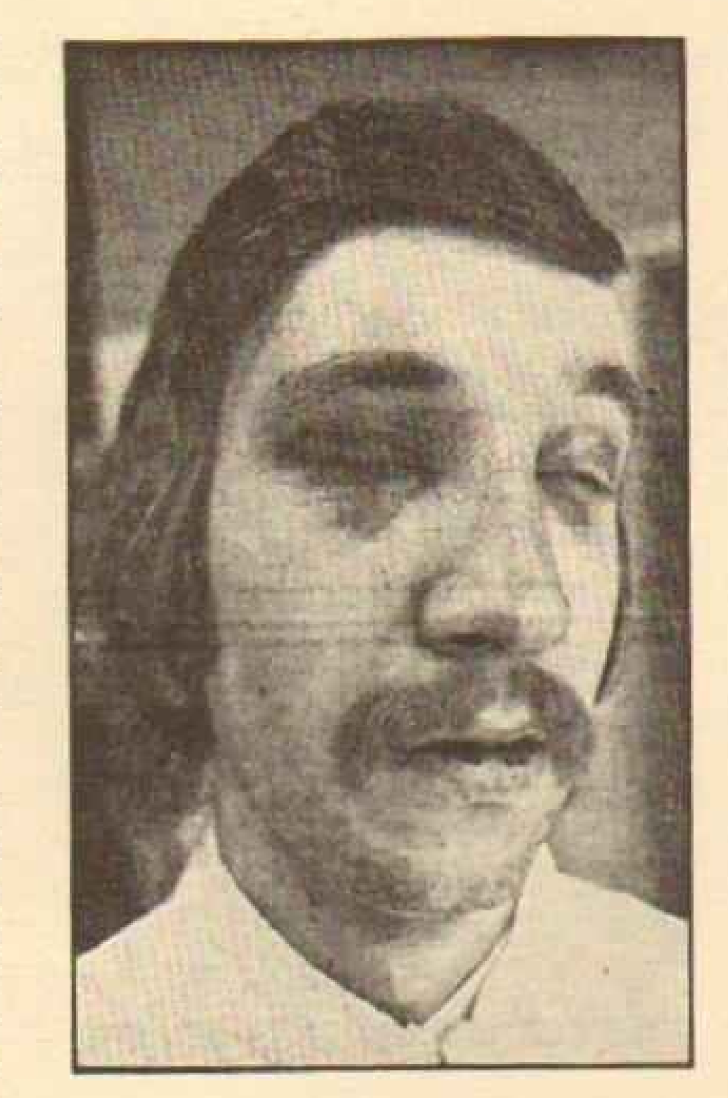
Was immer mehr Kollegen davon halten, zeigte sich heute, am 23. 6. wieder.

Neben dem schwarzen Brett über dem Sozialplan hängte ein Kollege „Der Witz der Woche" und darunter aus der Gewerkschaftszeitung ausgeschnitten: „Sichere Arbeitsplätze – Gerechtigkeit – starke Gewerkschaften". Kollegen, die das lasen, lachten laut. Die ganze Schicht hing es dort, die Betriebsratsbonzen (bei uns sind das zwar nur kleine, aber den Kollegen fallen die meisten doch dauernd in den Rücken) haben es wohl bisher übersehen, sonst hätten sie sicher Trara gemacht.

Rot Front! Ein Genosse aus Hamburg.

Italienischer Koch von der Polizei zusammengeschlagen

In Nürnberg haben Schläger der Polizei den italienischen Kollegen Emiliano P., der als Koch in der Bundesrepublik arbeitet, so schwer mißhandelt, daß er am ganzen Körper schwerste Prellungen, Schlagstriemen, Blutergüsse und Hautverletzungen davongetragen hat. Mehr als alle Worte zeigt das nebenstehende Bild des entstellten Gesichts des Kollegen die rücksichtslose Brutalität der Polizeibande.



Emiliano P. ist kein schwerbewaffneter Gangster, kein Mitglied einer Schlägerbande der Unterwelt, er ist ein Werktätiger, der den Schergen der Polizei in die Hände fiel. Außerdem: er wurde mißhandelt, als er völlig wehrlos war, weil er zuviel getrunken hatte.

Ausnahme, Zufall, Entgleisung einzelner Beamter? Darauf werden, wenn nicht Emiliano P. selbst noch als der Schuldige präsentiert wird oder der Vorfall unter den Tisch gekehrt wird, die „Ermittlungen" hinauslaufen, die angesichts der Empörung der Nürnberger Polizeipräsident selbst übernommen hat.

Was mit Emiliano P. in Nürnberg geschehen ist, ist weder Zufall noch eine Ausnahme. Wir haben erst vor kurzem die Korrespondenz eines Bochumer Kollegen veröffentlicht, der gesehen hat, wie die Polizei nachts einen Jugendlichen zusammengeschlagen hat; die Zahl solcher und ähnlicher Fälle ist Legion. Daß die Polizei prügelt und das Volk terrorisiert, daß aus ihrem ganzen Verhalten der Geist der Menschenverachtung und des Zynismus spricht, das gehört zu ihrem Wesen in der kapitalistischen Gesellschaft. **Sie ist dazu da, das Volk zu unterdrücken, die Herrschaft der Bourgeoisie mit Gewalt zu schützen und aufrechtzuerhalten. Das ist ihre Aufgabe.**

Gerade das versuchen die revisionistischen Verräter zu vertuschen, und sie predigen der Arbeiterklasse den gewaltlosen Weg zu ihrer Befreiung, schüren Illusionen über die Polizei und den kapitalistischen Staat.

Die Arbeiterklasse kann sich aber nur befreien, wenn sie den kapitalistischen Staat und alle seine Organe, die Polizei in der proletarischen Revolution gewaltsam zerschlägt, die Herrschaft der Bourgeoisie stürzt und die Diktatur des Proletariats errichtet.

Demonstration in Heidelberg

Fortsetzung von Seite 1

die Polizei mit Steinen und anderen Gegenständen an, formierten Demonstrationszüge und legten verschiedene Straßenbahn- und Buslinien lahm.

Die Polizei versuchte die Demonstranten mit Tränengas in der Innenstadt einzunebeln, doch viele Tränengaspatronen wurden wieder in die Reihen der Polizei zurückgeschleudert. Die Bevölkerung solidarisierte sich mit den Demonstranten. Aus mehreren Wohnungen wurden die Polizisten mit Möbelstükken, Flaschen und anderen Gegenständen beworfen, was selbst die bürgerliche Presse melden mußte.

Selbst vor Kindern machten die Polizisten nicht halt, so wurden Kinder von diesen massiven Tränengaseinsätzen geschädigt. Das Vorgehen der Polizei unterscheidet sich kaum von dem faschistischer Schlägerhorden. Ein Demonstrant wurde von der Polizei in einen Brunnen gestoßen und von mehreren so stark mit Knüppeln bearbeitet, daß er bewußtlos zusammenbrach, und als er sich nicht mehr wehrte, wurde er unter Wasser getaucht, bis ein anderer Polizist die anderen zurückpfiff. Er wurde dann schnell in ein Krankenhaus gefahren, weil die Polizei Angst bekam, sie könnten ihn ermordet haben. Die bürgerliche Presse hob z. B. das Verhalten eines Polizisten hervor, daß er so besonnen gewesen sei und nicht seine Dienstpistole gezogen habe. Ca. 25 Demonstranten mußten in die chirurgische Universität mit erheblichen Verletzungen, vor allem Kopfverletzungen eingeliefert werden. Angesichts dieser Tatsachen behauptet der Oberbürgermeister von Heidelberg zynisch, daß die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt worden sei.

Noch während dieser Straßenkämpfe, bei denen ca. 26 Polizeiwagen zu Bruch gingen und mehrere Polizisten verletzt wurden, beschloß der Stadtrat die Erhöhung der Tarife um 25%. Das ist eine ungeheure Provokation gegen die werktätige Bevölkerung.

Die modernen Revisionisten, die D„K"P und ihre Jugendorganisation, die „S"DAJ, waren, wie auch im April in Hannover, treue Handlanger des Staatsapparates. Während sie in Hannover direkt, praktisch mit der Polizei zusammen, gegen die Demonstranten vorgegangen sind, haben sie sich in Heidelberg auch sofort von den Kämpfen distanziert, wofür sie natürlich den Dank der Bourgeoisie und ihrer bürgerlichen Presse erhielten. Gegen diese Feinde der Arbeiterklasse, sowie gegen jeglichen Opportunismus müssen die Reihen für die weiteren Kämpfe fest geschlossen werden.

2 Rechtsanwälte verhaftet

Fortsetzung von Seite 1

Aber hat man schon je gehört, daß einem Rechtsanwalt „politische Agitation" vorgeworfen wurde, weil er in einem Arbeitsgerichtsprozeß die Kündigung eines Arbeiters mit dem „Wohl des Betriebes", sprich den Interessen des Kapitalisten rechtfertigte? Natürlich nicht. Hat man schon je gehört, daß Anwälten Kumpanei mit Verbrechern vorgeworfen wurde, weil sie Angeklagte verteidigten, die Hunderte und Tausende von Menschen auf dem Gewissen haben, wie die Naziverbrecher? Natürlich nicht.

Wann ein Rechtsanwalt ein „Jurist" ist und wann ein „politischer Agitator", zeigt folgendes Beispiel ganz deutlich: In den fünfziger Jahren übernahm Rechtsanwalt Kaul aus der DDR, Mitglied der „S"ED, die Verteidigung in zahlreichen Prozessen gegen Kommunisten und Revolutionäre. Mehr als einmal wurde er ausgeschlossen. Begründung: Er mißbrauche seine Position als Verteidiger, um am Gängelband der SED, deren Mitglied er ja sei, die politischen Ziele der Kommunisten durchsetzen zu helfen. Im Kern die gleiche Begründung also, mit der die Anwälte Croissant und Ströbele verhaftet wurden, mit der andere Anwälte vom RAF-Prozeß in Stuttgart ausgeschlossen wurden, mit der in zahlreichen Prozessen gegen Kommunisten den Verteidigern mit „Konsequenzen" gedroht wurde. Heute wird Kaul nicht mehr verfolgt. Heute wird er als Staranwalt gefeiert. Dabei ist Kaul weiterhin DDR-Bürger, er ist weiterhin Mitglied der „S"ED. Aber die DDR ist heute kein sozialistischer Staat mehr und die „S"ED keine kommunistische Partei. Genauso wenig wie die Angeklagten, die Kaul heute verteidigt, noch Revolutionäre sind. Abhängig von einem faschistischen Regime und einer faschistischen Partei aber darf ein Anwalt sein. **Denn diese Abhängigkeit steht im Einklang mit dem Recht, dessen „unabhängiges" Organ der Rechtsanwalt sein soll, dem Recht der Kapitalistenklasse nämlich, ihre Ausbeuterordnung mit allen Mitteln gegen die Arbeiterklasse zu verteidigen.**

Und um diese Verteidigung ihrer Ausbeuterinteressen geht es der Bourgeoisie bei den gegenwärtigen verschärften Maßnahmen gegen fortschrittliche Rechtsanwälte. Sie hat schon vor dem Prozeß in Stuttgart keinen Zweifel daran gelassen, daß sie mit allen Mitteln gegen die Rechtsanwälte vorgehen wird, die es ihr erschweren, die schon längst beschlossene Verurteilung der Angeklagten möglichst reibungslos über die Bühne zu bringen. Genauso wenig aber kann ein Zweifel daran bestehen, daß sie mit den gleichen Mitteln auch gegen andere fortschrittliche Rechtsanwälte vorgehen wird, die sich in Prozessen gegen Revolutionäre nicht als Anwälte des kapitalistischen Rechts, sondern als Verteidiger ihrer Mandanten verstehen.

Hände weg von den fortschrittlichen Rechtsanwälten!

Polizisten statt Lehrer

Allein in Hamburg 700 Lehrer weniger

Die Hamburger Schulbehörde mit Schulsenator Apelt an der Spitze hat scharfe „Sparmaßnahmen" im Schulwesen angekündigt, die die Lage der Kinder in den Schulen noch mehr verschlechtern werden und zu noch größerer Arbeitslosigkeit bei den Lehrern führen werden. Gegen diese „Sparmaßnahmen" haben 15 000 Eltern, Lehrer und Schüler empört demonstriert und sich zu einer Demonstration durch Hamburg zusammengeschlossen.

In Hamburg sollen allein 330 Mill. DM auf dem Schulsektor eingespart werden. 700 Lehrplanstellen sollen gestrichen, Neubauten für dringend notwendige Schulen verschoben, Klassen zusammengelegt und 40 Klassen dadurch aufgelöst werden. 250 Lehrer sollen zu Beginn des Schuljahres nicht mehr übernommen werden, und mindestens 400 Lehrerstudenten werden keine Referendarstelle erhalten. Ähnliche Maßnahmen werden auch in Bremen durchgeführt. Von 200 Lehrern sollen nur 23 eingestellt werden. Ein zuständiger Beamter begründete die Arbeitslosigkeit der Junglehrer in Bremen damit: Es sei von unbedingtem Vorrang, daß in Bremen eine neue Hundertschaft Bereitschaftspolizei wegen der steigenden Kriminalität aufgebaut werden müsse. Dafür würden Planstellen der Lehrer wegfallen.

Ständig werden auch die Klassenfrequenzen erhöht. „Dies bedeutet Massen von Kindern in einer Klasse. Die schwächeren Kinder können noch schlechter gefördert werden, sie gehen langsam aber sicher in der Masse der Kinder unter", berichtet uns eine Lehrerin aus Bremen. „Man hat als Lehrer einfach keine Zeit, sich um jeden einzelnen der 30 und mehr Schüler zu kümmern." Diese Erscheinungen zeigen sich aber nicht nur in Hamburg oder Bremen, sondern in ganz Westdeutschland spitzt sich die Lage an den Schulen zu. Bürgerliche Zeitungen kündigen schon für 1976 an, daß die Zahl der Lehrerstudenten, die nicht in den Schuldienst übernommen werden, sich bei den Lehrämtern an Grund-, Haupt-, Sonder- und Realschulen um mehr als das 7fache vergrößern wird.

Die Eltern haben natürlich den Wunsch, daß ihre Kinder viel lernen und eine gute Schulbildung besitzen. Das steht aber den Interessen der Bourgeoisie genau gegenüber. Die Bourgeoisie hat kein Interesse daran, daß die Kinder, insbesondere die Kinder der Arbeiterfamilien viel lernen. **Die Bourgeoisie will willige Werkzeuge, deren Arbeitskraft sie ausbeuten kann. Die Kinder sind für die Bourgeoisie Arbeitskräftenachwuchs, den sie sich in den Schulen heranziehen will, um sie später in den Betrieben als Lohnsklaven ausbeuten zu können. Dabei können sie die Kinder natürlich nicht vollkommen ohne Schulbildung lassen, denn die Produktion erfordert natürlich ein bestimmtes Wissen. Die Kapitalisten haben nur soweit ein Interesse an der Bildung der Kinder, wie es die Produktion, in der sie die Kinder ausbeuten wollen, erfordert.** Alles, was darüber hinausgeht, ist für die Bourgeoisie unnötig, und sie befürchten natürlich auch, daß die Menschen, je mehr sie lernen, ihre eigene gesellschaftliche Lage erkennen und sich gegen die Unterdrückung erheben könnten. Deshalb wird den Kindern schon von Anfang an die bürgerliche Ideologie in den Schulen eingetrichtert, damit sie gefügige Lohnsklaven werden sollen. Deshalb werden kommunistische Lehrer, die gegen diese Unterdrückung kämpfen, aus dem Schuldienst entlassen und erhalten Berufsverbot.

Angesichts dieser Tatsachen ist es ein Hohn, wenn die Bourgeoisie seit vielen Jahren davon spricht, daß sie angeblich Chancengleichheit im Bildungswesen anstreben will; es zeigt auch, daß die Einrichtung von Grund- und Hauptschulen und der Aufbau von Gesamtschulen, was als großer Schritt zur klassenlosen Schule angepriesen wurde, nur dazu diente, den Werktätigen Sand in die Augen zu streuen. Wenn angesichts dieser Tatsachen die modernen Revisionisten Chancengleichheit in der Schulbildung fordern, so hat das nur den Zweck, davon abzulenken, daß der Kapitalismus selbst ein Interesse an dieser Lage im Schulwesen hat und diese Lage auch selbst erzeugt. Mit solchen Forderungen sollen Illusionen gestärkt werden, man könne im Kapitalismus diese Misere im Schulwesen beseitigen. Aber nicht durch Reformen, sondern allein durch die Abschaffung des Kapitalismus selbst, ist dieses Übel zu beseitigen.

Durch die jetzt angekündigten und zum Teil schon durchgeführten Maßnahmen wird diese schlechte Lage für unsere Kinder in den Schulen noch mehr verschärft, und es werden noch mehr Lehrer von der Arbeitslosigkeit bedroht. Dagegen haben die Eltern, Lehrer und Schüler in Hamburg gekämpft. Sehr schnell kam bei ihnen die Sprache auf Streiks. Als die Schulbehörde davon erfahren hat, hat sie natürlich sofort versucht, die Eltern einzuschüchtern. Schulsenator Apelt ließ einen Aufruf verbreiten, der Schulstreik sei nicht erlaubt und drohte den Eltern mit Strafgeldern von ca. 300 DM. Trotz dieser Einschüchterungsversuche beschlossen die Eltern einen Schulstreik und die Demonstration. Am 16. Juni wurde in über 30 Hamburger Schulen gestreikt, teilweise ging dieser Streik am 18. Juni weiter. Spontan führten einige Schulen Protestdemonstrationen durch. Dem Aufruf zur großen Demonstration folgten dann 15 000 Eltern, Lehrer und Schüler.

Um die Wünsche nach einem freien, gebildeten Leben für unsere Kinder Wirklichkeit werden zu lassen, muß entschlossen, unter Führung der Partei, der Kampf gegen dieses kapitalistische System aufgenommen werden. Deshalb unterstützt die Partei diese Kämpfe.

Korrespondenz

Polizei kümmert Schwerverletzte nicht

Mein Mann und ich waren über Pfingsten bei einer früheren Arbeitskollegin von mir, die auf dem Lande wohnt. Wir haben dann abends noch einen Spaziergang gemacht. Als wir gegen Mitternacht durch ein Dorf kamen, hatte sich gerade ein schwerer Unfall ereignet. Ein Wagen hatte sich in voller Fahrt überschlagen. Die Leute erzählten uns, daß der Wagen mindestens 150 gefahren sein muß.

Wir blieben einen Moment stehen. Da kam auch schon die Polizei und alle wunderten sich, daß das so schnell gegangen war. Was dann passierte, hätte keiner von uns erwartet. Der Polizeiwagen machte einen Bogen um den auf der Straße liegenden Wagen und fuhr weiter. Die Bewohner des Dorfes, die auf der Straße standen, und auch wir waren zunächst sprachlos. Dann aber wurden alle Leute wütend auf die Polizei.

Die Anwohner hatten die Verletzten bereits aus ihrem Auto geborgen. Ein Toter lag auf der Straße, am Straßenrand ein Schwerverletzter, eine leichtverletzte Frau hatten sie mit ins Haus genommen und zwei mit Schock rannten immer umher und ließen sich nur schwer beruhigen. Die Polizei mußte dies alles gesehen haben, hatte aber kein Interesse an der ganzen Sache. Wir warteten weiter was passieren würde. Nach einer Viertelstunde kam ein Wagen der Feuerwehr, die Männer aus dem Wagen stiegen aus und machten erst einmal Fotos. Fünf Minuten später kam Polizei. Die Polizei suchte erst einmal nach Ausweispapieren; 1/2 Stunde später kam dann der Unfallwagen. Ein VW-Bus mit einem Mann Besatzung und einer Bahre. Die Anwohner halfen, den Schwerverletzten auf die Bahre zu legen. Der Krankenwagen fuhr wieder weg und kam nach einer Viertelstunde wieder. Die eine Verletzte wurde auf die Bahre gelegt, der eine Mann mit Schock mußte sich hinten reinsetzen, der andere nahm neben dem Fahrer Platz. Der Verletzte, der zuerst ins Krankenhaus gefahren wurde, lebte am anderen Morgen schon nicht mehr. Das wunderte uns nicht. Er wäre ja fast schon an der Unfallstelle verblutet.

Die Ursachen der Spaltung

Fortsetzung von Seite 1

Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Die tieferen Ursachen der derzeitigen Spaltung, des Zirkelunwesens hat unsere Partei in ihrem Theoretischen Organ „Der Weg der Partei" Nr. 2 grundlegend analysiert. Nämlich: daß die Spaltung und Aufsplitterung der revolutionären Kräfte nicht den „bösen Seelen" einiger Individuen entspringt, sondern ihre objektive Grundlage in der komplizierten und widersprüchlichen Entwicklung des Klassenkampfes hat; **daß die entscheidende Ursache für die gegenwärtig noch sehr starke Verwirrung und Aufsplitterung der revolutionären Bewegung das Aufkommen des modernen Revisionismus, dessen fortgesetzter Verrat am Marxismus-Leninismus ist**; daß der Frontalangriff des modernen Revisionismus auf den Marxismus-Leninismus gleichzeitig alle anderen gegen den Marxismus-Leninismus gerichteten Strömungen, vom Trotzkismus bis hin zum kleinbürgerlichen Antiautoritarismus usw. beflügelte.

Es ist klar, daß auf diesem Boden das Unkraut des Zirkelunwesens üppig ins Kraut schießen konnte. Daß kleinbürgerliche Karrieristen – jeder ein kleiner Lenin – ihre große Stunde gekommen sahen. Daß die Agenten der Bourgeoisie, der alten im Westen wie auch der neuen im Osten, kräftig mitmischten nach dem Motto: je größer die Spaltung, je mehr der Zirkel, je tiefer die Widersprüche, um so üppiger blüht unser Weizen, je ungefährdeter können wir die Arbeiterklasse betrügen, um sie am Gängelband der herrschenden Klasse zu halten.

Genossen, stellt Euch nur einen Augenblick vor, wie relativ stark wir heute schon wären, gelänge es uns, alle deutschen Kommunisten in einer Partei zu vereinen. Dies wäre ein entscheidender Schlag gegen die modernen Revisionisten der D„K"P. Und die Arbeiterklasse, die heute noch sagt: werdet Euch doch erst selbst mal einig, würde Vertrauen gewinnen. Oder meint Ihr nicht auch, daß es auf die Arbeiterklasse z. B. in NRW nicht gerade ermutigend wirkte, wenn zur Wahl zwei Parteien kandidieren, die sich beide KPD nennen?

Durch jahrelange Bemühungen, durch unseren konsequenten Kampf gegen den modernen Revisionismus ist es uns endlich gelungen zu erreichen, daß ein Teil der Arbeiterklasse den grundlegenden Unterschied zwischen der revolutionären Partei des Proletariats und den Verrätern der D„K"P erkennt. Immer seltener hört man die Worte „geht doch nach drüben". Aber glaubt ja nicht, daß die gleichen Arbeiter auch schon die Unterschiede zwischen uns und z. B. der Gruppe Rote Fahne begreifen.

Natürlich können wir ihnen die opportunistische Gründungsgeschichte der GRF erzählen, ihre Abweichungen von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Was wird er sagen? Gut, das mag ja alles richtig sein, aber schaue ich mir hier und heute Eure Wahlagitation, Eure programmatischen Aussagen an, so kann ich da keine so großen Unterschiede entdecken. Warum also, anstatt getrennt zu kandidieren, setzt Ihr Euch nicht zusammen, um Eure Meinungsverschiedenheiten zu diskutieren, um zur Einheit zu kommen.

Arbeiten wir auf die Einheit hin

Ja, warum nicht? Weil zum Zusammensetzen nun eben mal mindestens zwei gehören. Stets hat unsere Partei das Ziel der Einheit aller Revolutionäre, aller Marxisten-Leninisten in der KPD/ML im Auge gehabt. So war es den Genossen der KPD/ML gelungen, alle damaligen marxistisch-leninistischen Gruppen (außer einer, aus der sich später der KABD entwickelte) zu vereinen. Auch später arbeitete die Partei mit aller Kraft auf die Einheit hin. So erschien bereits im ROTEN MORGEN vom März 1971 ein Aufruf, in dem es hieß:

„Genossinnen und Genossen der anderen marxistisch-leninistischen Gruppen und Organisationen, laßt uns gemeinsam in sachlicher und prinzipienfester Diskussion den schädlichen Zustand des Zirkelunwesens, das Ausdruck des kleinbürgerlichen Konkurrenzdenkens und Individualismus ist, überwinden. Die KPD/ML ist der Meinung, daß viele, ja die meisten Widersprüche der Marxisten-Leninisten untereinander Widersprüche im Volk und nicht zwischen uns und dem Gegner sind. Zu antagonistischen Widersprüchen werden sie erst da, wo Gruppen den Revisionisten zu folgen beginnen. Stellen wir als ersten Schritt jede unsachliche prinzipienlose Polemik gegeneinander ein. Beginnen wir die Diskussion um noch zu klärende Fragen mit dem Ziel der Einheit. Der Einheit auf der Grundlage des Marxismus, des Leninismus und der Maotsetungideen. Der Einheit in der bolschewistischen Partei des Proletariats."

Dieser Aufruf Genossen, ist für uns bis heute verbindlich geblieben. Wie Ihr wißt, ist es uns in der Folge gelungen, im konsequenten ideologischen Kampf die Einheit z. B. mit der Gruppe Rote Fahne Bochum, die sich aus einer Abspaltung unserer Partei entwickelt hatte, herzustellen, ebenso mit einer Reihe von örtlichen Zirkeln wie dem Thälmann-Kampfbund, der Roten Garde Kiel u. a. Stets ist die Partei davon **ausgegangen – und die Praxis hat die Richtigkeit dieser Auffassung bewiesen – daß es in all diesen Gruppen und Zirkeln zahlreiche ehrliche revolutionäre Genossen gibt.** Heute sind all diese Genossen voll in die Partei integriert, entwickeln sich und haben sich auf den verschiedenen Ebenen der Partei als revolutionäre Kader bewährt.

Schauen wir uns heute die Situation in der Bundesrepublik und Westberlin an, so können wir feststellen, daß die Zahl der sich kommunistisch oder marxistisch-leninistisch nennenden Zirkel und Organisationen sich gegenüber der Zeit vor zwei, drei Jahren beträchtlich vermindert hat. Unversöhnlich, infolge der zwischen ihnen bestehenden antagonistischen Widersprüche, stehen sich gegenüber auf der einen Seite die modernen Revisionisten der D„K"P wie ihre trotzkistischen Brüder der 4. Internationale, auf der anderen Seite die KPD/ML und alle ehrlichen Marxisten-Leninisten. **Niemals werden wir uns mit den Führern dieser Organisationen, diesen Agenten des Kapitals und Verrätern am Sozialismus, diesen Agenten des russischen Sozialimperialismus und Verrätern an den nationalen Interessen des deutschen Volkes an einen Tisch setzen. Zwischen uns und ihnen kann es nur unversöhnlichen Kampf geben, denn ohne den Großteil der deutschen Arbeiterklasse dem Einfluß des modernen Revisionismus, des Reformismus und anderer Spielarten des Opportunismus entzogen zu haben, wird es keinen Sieg in der proletarischen Revolution, wird es kein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland geben.**

Dazwischen, zwischen uns und ihnen, gibt es aber eine Reihe Organisationen, die mehr oder minder zu der einen oder der anderen Seite neigen. Läßt man die unbedeutenden Splittergruppen beiseite, die außer von ihnen herausgegebenen Zeitschriften und Pamphleten keine ernsthafte politische Praxis entwickeln, so sind dies auf überregionaler Ebene die Gruppe Rote Fahne (KPD), der KBW, auf regionaler Ebene der KB Nord, der KABD und der Münchner Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD. Früher oder später, das läßt sich schon heute voraussagen, werden die eine oder andere dieser Organisationen ins revisionistische bzw. offen trotzkistische Lager abschwimmen. Es ist auch möglich, daß sie sich mit Teilen der modernen Revisionisten der D„K"P, „linken" Sozialdemokraten zu einer neuen revisionistisch/reformistischen Partei zusammenschließen. Ein anderer Teil der Mitglieder dieser Organisationen (vor allem aus den Kreisen der Intellektuellen) wird sich bei einer weiteren Verschärfung der Klassenkämpfe ins bürgerliche Leben zurückziehen. Einige Organisationen bzw. deren revolutionäre Mitglieder aber werden mit uns gemeinsam den Weg für ein sozialistisches Deutschland beschreiten.

Genossen, diese letztere Entwicklung gilt es zu beschleunigen, **indem wir prinzipienfest (nicht zu verwechseln mit Sektierertum), mit einem Maximum an Elastizität (nicht zu verwechseln mit Anpassungspolitik), die Vereinigung aller Revolutionäre, aller Marxisten-Leninisten in der einen Vorhutpartei des Proletariats vorantreiben.**

„Die KPD/ML ist der Meinung, daß viele, ja die meisten Widersprüche der Marxisten-Leninisten untereinander Widersprüche im Volk und nicht Widersprüche zwischen uns und dem Gegner sind", heißt es in unserer Erklärung vom März 1971. Schaut man sich die Programmatik der einzelnen Zirkel an, so bekennen sich fast alle mehr oder minder eindeutig zur gewaltsamen sozialistischen Revolution, d. h., sie lehnen den von den Revisionisten vertretenen Weg des sogenannten „friedlichen Übergangs" als illusionär ab. Sie sprechen, wenigstens in Worten, von der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats. Sie propagieren die Verbindung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung. Sie sind der Meinung, daß wir im Zeitalter des Imperialismus, des Vorabends der sozialistischen Revolution leben u. a. m. Fast alle propagieren (wenigstens bis heute noch) die Volksrepubliken China und Albanien als sozialistische Länder und führen einen Kampf, wenn auch oftmals recht lahm, gegen den modernen Revisionismus. Allerdings gibt es dabei zwischen den einzelnen Organisationen beträchtliche Unterschiede und nicht alles, was man sagt, tut man auch. So hat man den Eindruck, daß einige dieser Organisationen die Absicht haben, nicht den wissenschaftlichen Sozialismus, den Marxismus-Leninismus, sondern den Ökonomismus mit der Arbeiterbewegung zu verbinden, daß sie sich praktisch als oppositionelle Gratisbeilage zur Gewerkschaft betrachten.

Mit dem modernen Revisionismus kann es keine Einheit geben

Kritisch, antagonistisch wird es allerdings da, wo diese Organisationen „den Revisionisten zu folgen beginnen" oder auch den Trotzkisten. Nehmen wir als Beispiel den KB Nord. Wie Ihr wißt, hat diese Organisation in letzter Zeit, vor allem nach dem Strauß-Besuch, eine wütende Kampagne gegen die Außenpolitik der VR China eröffnet. Sie behauptet, die VR China weiche vom Weg des proletarischen Internationalismus ab. So etwas ist nun beileibe nichts Neues. Ähnliches gab es schon einmal in der kommunistischen Bewegung, als nämlich die Sowjetunion mit Hitlerdeutschland einen Nichtangriffspakt schloß und Stalin (das Bild ging durch die Presse) auf einem Empfang im Kreml schmunzelnd dem Naziaußenminister Ribbentrop zuprostete. Heute wissen wir, dieses Schmunzeln stand am Anfang eines Weges, an dessen Ende die Zerschlagung des Hitlerfaschismus stand. Doch damals gerieten angesichts dieser Außenpolitik der UdSSR nicht wenige subjektiv ehrliche Genossen in schwere Zweifel. Ihren KB-Nord-Nachfolgern sollte man mit Lenin ins Stammbuch schreiben:

„Einen mächtigen Gegner kann man nur unter größter Anspannung der Kräfte und nur dann besiegen, wenn man unbedingt aufs angelegentlichste, sorgsamste, vorsichtigste, geschickteste sowohl jeden, selbst den kleinsten ‚Riß' zwischen den Feinden, jeden Interessengegensatz zwischen der Bourgeoisie der verschiedenen Länder, zwischen den verschiedenen Gruppen und Schichten der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder als auch jede, selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht einen Deut vom Marxismus und vom wissenschaftlichen modernen Sozialismus überhaupt begriffen." (Bd. 31, S. 56/57).

Doch wenn es nur das wäre. Das Dilemma beim KB Nord, und nicht nur bei ihm, liegt darin, daß er keinen klaren Trennungsstrich zwischen sich und den modernen Revisionisten zieht. Das äußert sich u. a. darin, daß er wie andere Organisationen ähnlichen Charakters kaum eine Gelegenheit vorübergehen läßt, um mit den Revisionisten zu einer Aktionseinheit zu kommen, während er jede Aktionseinheit mit uns, mit anderen Marxisten-Leninisten ablehnt. Für sie sind die modernen Revisionisten so eine Art verirrte, ansonsten aber fortschrittliche Brüder, die man, wenn man ihnen nur gütlich zuredet, wohl wieder auf den rechten Weg des Marxismus-Leninismus zurückbringen könnte. Dabei merkt man gar nicht, daß man selbst diesen Weg zunehmend verläßt und immer tiefer in den Sumpf des modernen Revisionismus versinkt.

Genossen, das Aufkommen des modernen Revisionismus, der Putsch der Chruschtschowclique war kein interner, korrigierbarer Betriebsunfall, er war ein konterrevolutionärer Akt, war ein Generalangriff der Bourgeoisie auf die kommunistische Weltbewegung. Und so wie die Verräter, die Revisionisten der II. Internationale, unaufhaltsam im Sumpf des Opportunismus versanken, zu Agenten der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse, zu Wegbereitern des Faschismus wurden bis sie, wie heute die SPD, sich offen als Regierungspartei der Monopolbourgeoisie etablierten, ist der Niedergang der modernen Revisionisten unaufhaltsam, haben sie die Rolle der Agentur der Bourgeoisie übernommen und haben dort, wo sie im Besitz der staatlichen Macht sind, eine faschistische, eine sozialfaschistische Diktatur über die Arbeiterklasse errichtet.

Kann man mit diesen Renegaten, diesen Agenten der Bourgeoisie eine Einheit oder auch nur eine Aktionseinheit eingehen, wo es doch gerade unsere Aufgabe ist, ihren Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse allseitig zu entlarven? *„Die Einheit"*, sagt Lenin, *„ist eine große Sache und große Losung. Doch die Arbeitersache braucht die Einheit unter den Marxisten, nicht aber die Einheit der Marxisten mit den Gegnern und Verfälschern des Marxismus."*

In dieser Frage herrscht noch immer Verwirrung. So argumentierten Genossen eines Sympathisanten-Kreises unserer Partei hier in Westberlin für eine Teilnahme an der DGB-Kundgebung bzw. -Demonstration zum Regierungs-1. Mai mit der Begründung: „Wir glauben, daß dort auch viele fortschrittliche Kollegen sein werden, insbesondere viele ehrliche „S"EW-Kollegen, da die „S"EW aufgerufen hat, zu der DGB-Kundgebung zu gehen."

Wer ist denn nun fortschrittlich? Die „S"EW-Kollegen, die den DGB-Bonzen folgen und ihren abgedroschenen Phrasen und Lügen lauschen oder jene Kollegen, die diese Lügen durchschauen, dem Regierungsmaizirkus fernbleiben, auch wenn sie sich noch nicht entschließen können, sich an unseren revolutionären 1. Mai-Demonstrationen zu beteiligen? Doch wohl letztere. Was würden sie sagen, wenn wir dem DGB-Mai durch unsere Beteiligung, durch unsere roten Fahnen ein fortschrittliches Aussehen verliehen? Wenn sie uns in einem Zug mit der „S"EW und anderen Verrätern an den Interessen der Arbeiterklasse, am Sozialismus sähen? Dann würden sie schließen: Nun, wenn „S"EW, KPD/ML und Gewerkschaftsbonzen so einträchtig einhermarschieren, dann kann wohl der Unterschied zwischen ihnen gar nicht so groß sein. Wir würden das Gegenteil erreichen, von dem, was wir wollen, nämlich die Arbeiterklasse dem Einfluß der Revisionisten und Reformisten zu entziehen und sie auf den Weg des revolutionären Kampfes für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland zu führen.

Niemals aber kann man „S"EW- bzw. D„K"P-Kollegen als fortschrittlich bezeichnen, mögen sie auch subjektiv ehrlich oder aufrichtig für den Kommunismus sein. Ein Mensch, der sich „aufrichtig" zum Kommunismus bekennt, aber in Wirklichkeit, anstatt die Massen im Sinne eines schonungslosen, harten, Kampfes für die proletarische Revolution zu erziehen, eine Politik des Schwankens, der Anpassung, des Abhaltens der Massen von revolutionären Kämpfen betreibt und sich gar noch zum Handlanger der Politik ausländischer (sozial-)imperialistischer Mächte macht, ein solcher Mensch begeht durch seine Charakterlosigkeit, sein Schwanken, sein sich nicht um die Prinzipien des Marxismus-Leninismus kümmern den gleichen Verrat wie ein **direkter Verräter**, wie die Danelius, die Bachmann und Mies. **Persönlich ist der Unterschied zwischen einem Verräter aus Unwissenheit und Schwäche und einem Verräter aus Absicht und Berechnung sehr beträchtlich; in politischer Hinsicht gibt es einen solchen Unterschied nicht, denn von der Politik hängt faktisch das Schicksal von Millionen Menschen ab, und dieses Schicksal ändert sich nicht, ob nun Arbeiter und Werktätige von Verrätern aus Schwäche und Unwissenheit oder Verrätern aus Eigennutz verraten werden.**

Sicherlich werden wir im Betrieb unsere „S"EW- bzw. D„K"P-Kollegen nicht gleich als Verräter beschimpfen, sondern mit ihnen sprechen, ihnen am praktischen wie theoretischen Beispiel den Verrat ihrer revisionistischen Führer erläutern und versuchen, sie von der Richtigkeit unserer Politik zu überzeugen. Wichtiger aber noch ist, zu verhindern, daß unsere Kollegen, vor allem unsere jungen revolutionären Kollegen diesen revisionistischen Rattenfängern auf den Leim gehen.

Der Haß der Massen auf den Sozialimperialismus und Sozialfaschismus ist revolutionär

Das aber erreichen wir nicht, indem wir groß revolutionär umhertönen, sondern indem wir entsprechend unseren Möglichkeiten in die Tageskämpfe der Massen eingreifen, mit dem Ziel, sie zu führen. Daß wir uns um die Sorgen und Nöte, die Probleme unserer Kollegen und

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Nachbarn kümmern. Daß wir, wie Lenin es formulierte, den Kampf um das Teewasser, um den Pfennig aufnehmen. Oder wollt ihr das Feld den Sozialdemokraten und den modernen Revisionisten überlassen? Die verstehen es sehr gut, sich um die praktischen Belange der Massen zu „kümmern". Der Unterschied zwischen uns und den Revisionisten ist doch nicht der, daß sie sich um Reformen, um die Tageskämpfe kümmern und wir nicht. Der Unterschied ist der, daß sie diesen Kampf um Reformen dazu benutzen, die Massen am Gängelband des Kapitalismus zu halten, während wir ihn führen, um die Kampfbedingungen, die Lebenslage der werktätigen Massen zu verbessern aber so, daß wir sagen: gut, das ist der Pfennig, die Reform, aber wo bleibt die Mark, der Sozialismus? Den aber erreichen wir nicht durch Reformen, sondern nur durch die bewaffnete proletarische Revolution.

Genossen, das mangelnde oder Nichteingreifen in die Tageskämpfe, sei es im Betrieb, sei es im Stadtteil, die Erscheinung, wie sie hier und da auftrat, unter dem Vorwand der Konspiration die offene, legale Agitations- und Propagandatätigkeit zu reduzieren oder gar den legal erscheinenden ROTEN MORGEN illegal zu verbreiten, sind nicht auf einen Konspirationstick zurückzuführen, sondern auf ein rechtsopportunistisches Zurückweichen im Klassenkampf. „Revolutionäre" im stillen Kämmerlein nutzen der Arbeiterklasse einen Dreck. Wie wollen wir die Vorhut des Proletariats oder auch schrittweise die Massen für den Kommunismus gewinnen, wenn wir nicht als Kommunisten, als Revolutionäre auftreten, wenn wir uns nicht eng mit den Massen verbinden, ihnen in den Tageskämpfen nicht Vorbild und Beispiel sind. Natürlich sollen wir der Bourgeoisie nicht ins offene Messer rennen, indem wir uns z. B. auf der erstbesten Betriebsversammlung hinstellen und rufen „es lebe die Revolution". Erstens verstehen die Kollegen uns nicht und sagen mir recht „der spinnt". Zweitens nützen wir der Partei mehr im als außerhalb des Betriebes. Wichtiger als zu sagen „ich bin Kommunist" ist es, als Kommunist zu handeln. Haben die Kollegen dann erst einmal Vertrauen gefaßt, kann man einen Schritt weitergehen. Keinesfalls werden wir der Bourgeoisie, den Gewerkschaftsbonzen auf die Nase binden, daß wir Mitglied der KPD/ML sind, außer bei den Genossen, die für die Partei sprechen.

Sicher, das alles ist nicht leicht und oft fehlt den Genossen einfach die Erfahrung. Noch haben wir, auch wenn sich die Klassenkämpfe ständig verschärfen, keine revolutionäre Situation. Lenin sagt dazu: *„Viel schwerer – und viel wertvoller – ist, daß man es versteht, ein Revolutionär zu sein, wenn die Bedingungen für einen direkten, offenen, wirklich von den Massen getragenen, wirklich revolutionären Kampf noch nicht vorhanden sind, daß man es versteht, die Interessen der Revolution (propagandistisch, agitatorisch, organisatorisch) in nichtrevolutionären, oft sogar direkt reaktionären Institutionen, in einer nichtrevolutionären Situation, unter einer Masse zu verfechten, die unfähig ist, die Notwendigkeit revolutionärer Methoden des Handelns sofort zu begreifen."*

Nie dürfen wir die Hände in den Schoß legen, stets müssen wir jede sich uns bietende Gelegenheit ergreifen, um Aktionen, Kämpfe gegen den Klassenfeind zu entfachen, um vor den Augen der Massen den menschenfeindlichen Charakter des kapitalistischen Ausbeutersystems hüben wie drüben zu entlarven. **Es genügt nicht, die politische Unterdrückung der Arbeiter zu erklären, es ist notwendig, jede konkrete Erscheinung dieser Unterdrückung und Menschenfeindlichkeit für die Agitation auszunutzen.** Wie aber haben wir dies hier in Westberlin getan, – z. B. anläßlich des Todes des 5jährigen Türkenkindes, das in der Spree, die an dieser Stelle die Grenze zur DDR bildet, vor kurzem ertrank?

Was haben wir getan, um an diesem Beispiel den sozialfaschistischen Charakter der neuen Bourgeoisie der DDR wie auch die Menschenfeindlichkeit und Heuchelei des westdeutschen Imperialismus zu entlarven? Daß dies bereits das fünfte Kind war, das an dieser Stelle ertrank. Daß wie immer DDR-Posten bereit standen, um Versuche von Westberlinern, das Kind vor dem Ertrinken zu retten, mit Waffengewalt zu verhindern? Wo waren unsere Flugblätter, in denen wir an die berechtigte Empörung der Bevölkerung anknüpften. Wo unsere Versuche, in enger Verbindung mit den Menschen diese Empörung in Aktionen umzusetzen? Wo unser Bestreben mit der Gruppe Rote Fahne (KPD), die uns politisch am nächsten steht, in dieser Frage eine Aktionseinheit herzustellen?

Stattdessen soll es einige Genossen gegeben haben, die anläßlich dieses Vorfalls ihre Hauptaufgabe darin gesehen haben, ein paar Faschisten, die versuchten, den Mord für ihre Zwecke auszunutzen, zu bekämpfen. Diese Genossen begreifen einfach nicht, daß der Haß der Massen gegen Sozialimperialisten, gegen Sozialfaschisten fortschrittlich und revolutionär, aber nicht antikommunistisch ist, wie uns die modernen Revisionisten einreden möchten. Sicherlich, die modernen Revisionisten werden das Vorgehen gegen eine Handvoll Faschisten gutheißen, lenkt es doch von ihren eigenen Untaten ab. **Doch ist es unsere Aufgabe als Kommunisten vorrangig diejenigen Verbrecher (Faschisten) zu bekämpfen, die andere Verbrecher (Sozialfaschisten) Verbrecher nennen? Oder ist es nicht vorrangig unsere Pflicht, uns an die Spitze des Kampfes gegen jedes Verbrechen, jegliche Ausbeutung, jegliche Unterdrückung der deutschen Arbeiterklasse, der Werktätigen zu stellen, mag sie nun von der Honecker-Clique im Osten oder den Bonner Machthabern, mag sie von den Neuen Zaren im Kreml oder den imperialistischen Gangstern im Weißen Haus kommen?**

Oder nehmen wir die Aktion der Genossen der Gruppe Rote Fahne, die sich KPD nennt, am 9. Mai am Ostberliner Ehrenmal in Treptow. Natürlich haben wir das Recht und auch die proletarische Pflicht, die Genossen der GRF vor Illusionen über den Charakter des sozialfaschistischen Regimes in der DDR, den Methoden des Stasi (Staatssicherheitsdienst) zu warnen. Ihnen zu sagen, daß **wir bezüglich der DDR unsere Hauptaufgabe darin sehen, auf vielfältige Weise, in unermüdlicher Kleinarbeit und praktischer Solidarität unsere Klassenbrüder im Osten unserer Heimat in ihrem schweren Kampf gegen die sowjetische Besatzermacht und deren Lakaien, für die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats zu unterstützen,** so wie sie uns früher, als sie noch die Macht innehatten, in unserem Kampf gegen das Wiedererstarken des westdeutschen Imperialismus, die amerikanische Besatzermacht und für die Wiedervereinigung Deutschlands als einheitlicher, demokratischer, friedliebender, unabhängiger Staat unterstützten.

Inwieweit in diesem Zusammenhang Aktionen wie die am Treptower Ehrenmal nützlich sind, darüber kann man geteilter Meinung sein. Es gibt Argumente dafür und dagegen. **Auf jeden Fall handelt es sich hierbei um taktische Fragen und nicht solche grundsätzlicher, prinzipieller Natur.** Solche Fragen tauchen auch in der Partei im Laufe des Kampfes immer wieder auf und müssen entschieden werden. Man muß sie lösen, indem man sie von allen Seiten untersucht, das Für und Wider erwägt, um dann eine Entscheidung zu treffen. Eine Entscheidung, die dann für alle verbindlich ist. Dabei kann es passieren, daß nicht alle Genossen von der Richtigkeit der Entscheidung restlos überzeugt sind. **Dennoch müssen sie den von der Mehrheit angenommenen Beschluß unterstützen. Nötigenfalls können sie die Angelegenheit bei einer der nächsten Sitzungen wieder zur Sprache bringen; abgesehen davon sind aber alle dem gefaßten Beschluß zuwiderlaufenden Handlungen unzulässig.**

Das gilt für die Partei. Die Methode der Lösung der Widersprüche in der Partei geschieht nach dem Prinzip der Kritik und Selbstkritik. Wie sieht es aber damit in der revolutionären Bewegung aus? Wie wir wissen, gibt es antagonistische Widersprüche, also unüberbrückbare, unversöhnliche Widersprüche wie der zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern, zwischen Proletariat und Bourgeoisie. **Dieser Widerspruch kann nur durch die proletarische Revolution, durch die Diktatur des Proletariats, die schließlich zur Aufhebung der Klassen führt, gelöst werden.** So wie der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie antagonistisch ist, ist er es auch zwischen dem Proletariat und den Agenten der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse wie z. B. den modernen Revisionisten. Einmal, weil diese durch ihre Politik der Propagierung des sogenannten „friedlichen Überganges" u. a. m. praktisch die Befreiung der Arbeiterklasse in der sozialistischen Revolution zu verhindern suchen, zum anderen, weil die Herrschaftsform, die sie anstreben bzw. dort wo sie bereits im Besitz der Staatsmacht sind, ausüben, nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Herrschaft einer neuen monopolistischen Bourgeoisie ist.

Was sind "Widersprüche im Volk"?

Wie sieht es nun aber mit den Widersprüchen innerhalb der revolutionären Bewegung aus? Wir sind der Meinung, „daß viele, ja die meisten . . . Widersprüche im Volk und nicht zwischen uns und dem Gegner sind." Was aber ist unter den heutigen Bedingungen des Klassenkampfes hier in Deutschland „das Volk"? Um sich über die beiden Arten von Widersprüchen, den antagonistischen, also denen zwischen dem Feind und uns und den nichtantagonistischen, den Widersprüchen im Volk, klarzuwerden, muß man untersuchen, was unter „dem Volk" und was unter „dem Feind' zu verstehen ist.

Der Begriff „Volk" hat in den verschiedenen Staaten und in den verschiedenen historischen Perioden eines jeden Staates verschiedenen Inhalt. Nehmen wir als Beispiel unser Land während der Periode nach dem II. Weltkrieg. Damals war der USA-Imperialismus der Hauptfeind der Völker und auch des deutschen Volkes. Ihm zur Seite standen die englischen und französischen Imperialisten, ihm diente als Lakai und Befehlsempfänger das Adenauer-Regime. Sie hatten Deutschland gespalten, Westdeutschland ihrer Herrschaft unterworfen, um es als Konkurrenten auszuschalten, seinen Reichtum an sich zu reißen und es als Speerspitze gegen das sozialistische Lager zu mißbrauchen. Sie waren damals der Feind. Zum Volk gehörten damals alle Klassen, Schichten und gesellschaftlichen Gruppen bis hinein in die nationale Bourgeoisie, die im US-Imperialismus ihren Hauptfeind sahen.

Heute sind im Weltmaßstab für die Völker die zwei imperialistischen Supermächte, die USA und die Sowjetunion, und hier für uns in Deutschland und in Europa besonders der russische Sozialimperialismus, der Hauptfeind. 30 Jahre nach Kriegsende haben sie ihre Truppen beiderseits der Elbe stationiert, halten sie die Teilung Deutschlands aufrecht, streben sie in Rivalität zueinander nach Weltherrschaft, was früher oder später zum Weltkrieg führt, dessen erstes Opfer unsere Heimat wäre. Die russischen Sozialimperialisten beuten den von ihnen besetzten Teil Deutschlands, die DDR, rücksichtslos aus und haben ihn ihrer völligen politischen und militärischen Kontrolle unterworfen. Auch die USA-Imperialisten erpressen auf verschiedene Art und Weise die deutsche Bundesrepublik und mischen sich in ihre inneren Angelegenheiten ein. **Beide Supermächte wie ihre ostdeutschen Lakaien und westdeutschen Helfershelfer, die neue Bourgeoisie der DDR wie die westdeutschen Imperialisten, sind die wütendsten Gegner der Befreiung der deutschen Arbeiterklasse und aller Werktätigen von Ausbeutung und Unterdrückung in der sozialistischen Revolution, sie sind die ärgsten Feinde der Wiedervereinigung unseres Volkes (es sei denn, unter ihrer jeweiligen Herrschaft) in einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland. Sie sind der Feind.**

Zum Volk gehören heute alle Klassen, Schichten und gesellschaftlichen Gruppen bis hinein in die Bourgeoisie, die in den imperialistischen Supermächten, den USA und der Sowjetunion, ihren Hauptfeind sehen. Sie bilden die Basis der zu schaffenden Einheitsfront gegen das Hegemoniestreben der zwei Supermächte. **Während alle prosowjetischen und proamerikanischen Elemente Feinde des Volkes sind.**

Was nun die Widersprüche im Volk betrifft, sind sie unter den Werktätigen nicht antagonistisch, während die Widersprüche zwischen den Klassen der Ausgebeuteten und der Ausbeuter, eben jenem Teil der Bourgeoisie, soweit sie heute mit uns in einer Front im Kampf gegen die Supermächte steht, neben ihrem antagonistischen auch einen nichtantagonistischen Aspekt haben. Eine andere Frage ist, wie groß heute eben dieser Teil der Bourgeoisie ist, ob und welche Bedeutung ihm zukommt.

Geht man von dieser Einschätzung der Widersprüche aus, so steht ganz ohne Zweifel fest, daß die meisten Widersprüche in der revolutionären Bewegung unseres Landes nichtantagonistisch, also Widersprüche im Volk sind. **Daß sie aber, wie wir es 1971 formulierten, zu antagonistischen werden, „wo die Gruppen den Revisionisten zu folgen beginnen". Oder auch umgekehrt, daß ursprünglich antagonistische Widersprüche zu nichtantagonistischen werden können,** wie wir es am Beispiel der GRF (KPD) sehen, die zur Zeit ihrer Gründung die Sowjetunion noch als die führende Macht des „sozialistischen Lagers" mit kapitalistischen Überresten, dann als „sozialistisches Land" mit revisionistischer Führung bezeichneten, während sie heute in wesentlichen Punkten die Generallinie der marxistisch-leninistischen Weltbewegung anerkennt.

Gegen das kleinbürgerliche Konkurrenzdenken

Nun muß man allerdings, wenn man die Frage der Einheit der Marxisten-Leninisten angeht, die „Einheit in der bolschewistischen Partei des Proletariats", wie wir 1971 schrieben, zwei Ebenen unterscheiden. Einmal die anzustrebende Einheitsfront aller Klassen, Schichten und gesellschaftlichen Gruppen unseres Volkes gegen das Hegemoniestreben der zwei Supermächte und für die Wiedervereinigung Deutschlands, zum anderen die eine solche Einheitsfront führende bolschewistische disziplinierte Partei, die mit der Theorie des Marxismus-Leninismus gewappnet, mit den Volksmassen eng verbunden, nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut ist und die Methode der Selbstkritik anwendet.

Was nun die Einheitsfront anbetrifft, so umfaßt sie Menschen unabhängig von ihrem religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnis, ihrer Organisations- oder Parteizugehörigkeit, wenn sie nur das Ziel der Einheitsfront anerkennt. Was die kommunistische Partei betrifft, so reicht es natürlich nicht, nur den Kampf gegen das Weltherrschaftsstreben der zwei imperialistischen Supermächte anzuerkennen und die Einheit auf dieser Basis herzustellen. Dazu gehören so wichtige Fragen wie die Anerkennung der Diktatur des Proletariats, des bolschewistischen Parteiaufbaus, der gewaltsamen Revolution, kurz der grundlegenden Prinzipien, wie sie von den Klassikern des Marxismus-Leninismus entwickelt wurden. Wobei es darauf ankommt, diese Prinzipien nicht einfach schematisch auswendig zu lernen und sich zu freuen, was bin ich doch für ein gebildeter Mensch, sondern sie auf die Praxis des Klassenkampfes in unserem Land mit dem Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse und der Werktätigen in der sozialistischen Revolution anzuwenden. Das heißt, den wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung zu verbinden.

Warum sind Fragen wie z. B. die der Anerkennung der Diktatur des Proletariats von so entscheidender Bedeutung? Warum muß man sich über sie absolute Klarheit verschaffen? **Weil mangelnde Klarheit in dieser Frage zum Revisionismus führt.** Wir haben dies anschaulich am Beispiel der Sowjetunion und der anderen revisionistisch entarteten Länder gesehen, und Ihr wißt, daß zur Zeit in der VR China eine breite Kampagne zum Studium dieser Frage läutt.

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

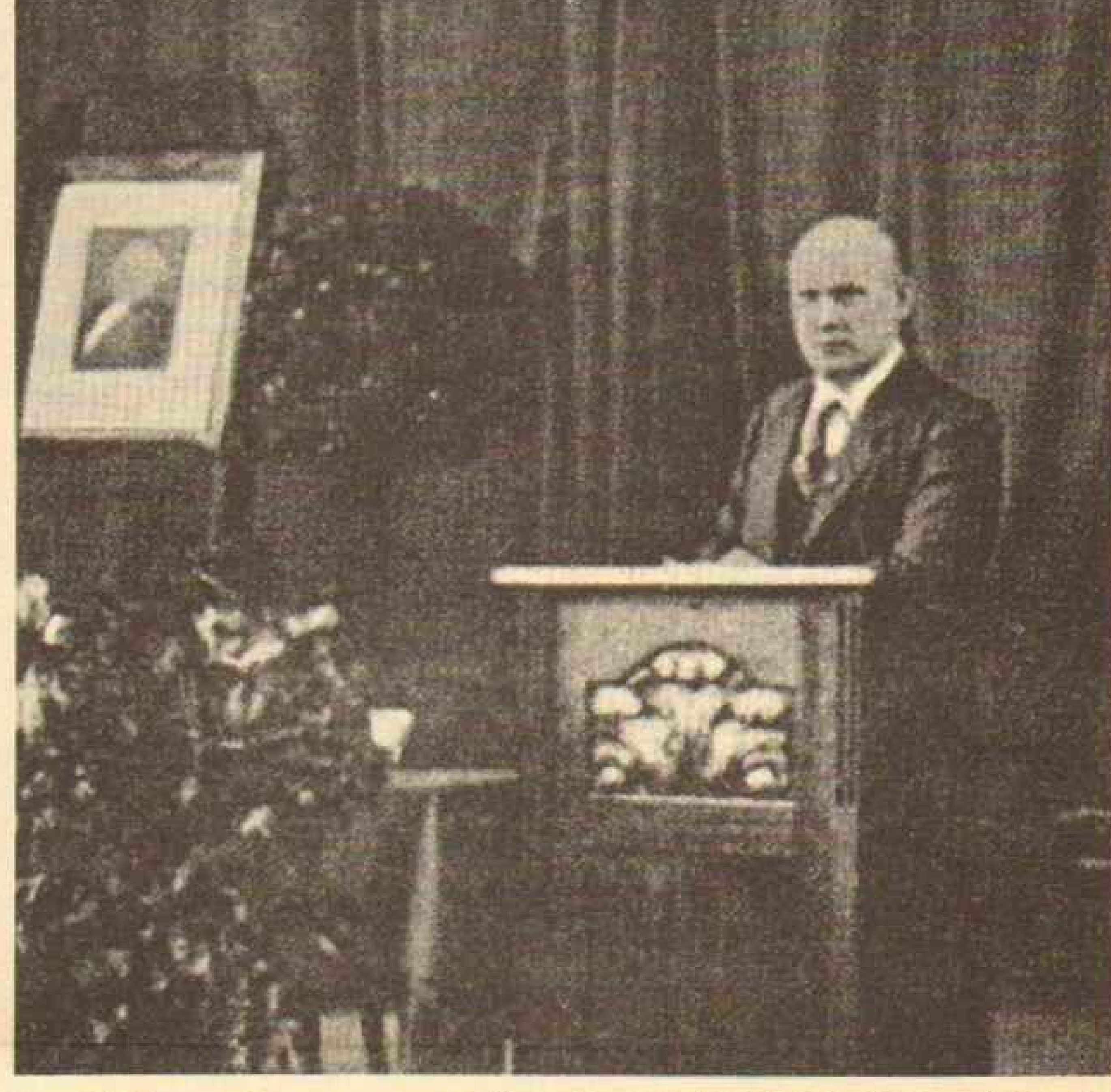
Nun mag mancher Genosse sagen: Gut, was aber hat das mit uns zu tun, wir haben noch nicht die Diktatur des Proletariats, wir streben sie an. Richtig, doch muß man unseres Erachtens dieser Frage auch schon beim Aufbau der Partei, was ihre Zusammensetzung betrifft, die notwendige Aufmerksamkeit schenken. Das heißt, sollen wir danach streben, den proletarischen Charakter unserer Partei ständig zu verbessern, um das von Lenin angestrebte Verhältnis von 8 Arbeitern zu 2 Intellektuellen zu erreichen oder nicht? Diese Frage ist gerade heute, wo infolge des Verrats der modernen Revisionisten und einer zeitweiligen Schwäche der Arbeiterbewegung, in den revolutionären Zirkeln die Genossen aus den Reihen der Intelligenz die Führung innehaben, von besonderer Bedeutung.

Gerade hier, im Individualismus dieser Genossen, in der Zirkelwesenlogik: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein", liegt ein Hauptgrund der Zersplitterung. Anstatt, da man sich ja Kommunist, Marxist-Leninist nennt, bestehende Meinungsverschiedenheiten in sachlicher Form mit dem Ziel der Einheit auszudiskutieren, sieht man in den Genossen der anderen Organisationen lediglich den Konkurrenten, den es unbedingt zu schlagen gilt. Wobei man in der Wahl der Kampfmittel bis hin zur offenen Verleumdung und Diffamierung nicht gerade zimperlich ist. Lenin charakterisierte die Intellektuellen, mit denen er ja nicht gerade wenige Erfahrungen hatte, so:

„. . . ***Niemand wird zu leugnen wagen, daß die Intelligenz als besondere Schicht der modernen kapitalistischen Gesellschaft im großen und ganzen gerade durch den Individualismus und die Unfähigkeit zur Disziplin und Organisation gekennzeichnet ist (siehe auch die bekannten Artikel Kautskys über die Intelligenz); hierdurch unterscheidet sich diese Gesellschaftsschicht unter anderm ungünstig vom Proletariat; darin liegt eine der Erklärungen für die Schwächlichkeit und Wankelmütigkeit der Intelligenz, eine Eigenschaft, die das Proletariat so oft zu spüren bekommt . . .***"

Und haben wir diese Eigenschaften nicht selbst in unserer Partei zur Genüge zu spüren bekommen. Zum Beispiel auf unserem außerordentlichen Parteitag Ende 1971, als die Liquidatoren die Notwendigkeit der Parteidisziplin in Frage stellten, den ROTEN MORGEN in ein Diskussionsorgan verwandeln wollten, die Verbindlichkeit des Parteistatuts leugneten und die Partei in einander sich bekämpfende Zirkel auflösen wollten. Einer der Angriffspunkte der Liquidatoren war damals, wieso das ZK, ausgehend von der RM-Erklärung im März, sich habe unterstehen können, mit den Führern der Gruppe Rote Fahne (KPD) eine Zusammenkunft zu vereinbaren, ohne sich vorher ihre Genehmigung einzuholen. Daß diese Zusammenkunft dann auch später nicht zustande kam, hat objektive Ursachen, ist aber nicht die Schuld der Genossen Horlemann und Semler. Insofern ist es auch nicht richtig, abwertend von studentischen Führern zu sprechen.

Sicher, der Bourgeoisie kommt der Umstand gelegen, daß die Führer dieser Organisationen zumeist Intellektuelle oder, wie die führenden Genossen der GRF (der KPD), die Genossen Horlemann und Semler, dazu noch großbürgerlicher Herkunft sind. Deswegen spielt sie diese Organisationen auch hoch, bringt Interviews mit ihnen, berichtet sie von Aktionen der KPD, auch wenn es sich dabei um solche der KPD/ML handelt (übrigens umgekehrt ist es auch schon, wenn auch seltener vorgekommen). Die Absicht, die dahinter steckt, ist klar. Sie will damit den Arbeitern sagen: Seht doch, das sind die Leute, die sich eure Führer nennen, Intellektuelle und Fabrikantensöhne.



Ernst Thälmann, der unvergessene Führer der deutschen Arbeiterklasse, auf dem XI. Parteitag der KPD.

Aber können wir als Kommunisten so an die Frage herangehen? Nein. **Entscheidend für uns ist der Klassenstandpunkt und nicht die Klassenherkunft, auch wenn man sie gebührend berücksichtigen muß.** Es hat Arbeiter gegeben, die schamlos ihre Klasse verraten haben. Schaut Euch Chruschtschow an, er war Bergarbeiter, oder Ulbricht, er war Tischler und auch nicht gerade wenige Führer der D„K"P sind proletarischer Herkunft und Arbeiter, auch wenn sie seit 30 Jahren nicht mehr am Schraubstock gestanden haben. Die Hauptseite jedoch ist, daß es Arbeiter gegeben hat und ständig gibt, die hervorragende Führer ihrer Klasse, die treuesten Söhne ihres Volkes waren, wie August Bebel und Ernst Thälmann, wie John Scheer, Fiete Schulze, Edgar André und wie sie alle heißen, die im Kampf ihr Leben ließen. Was wäre die bolschewistische Partei ohne ihre proletarischen Genossen, die ihr Kraft und Geschlossenheit, Disziplin, Organisiertheit und Rückrat verleihen?

Doch nicht nur Arbeiter, es hat auch Intellektuelle, Genossen kleinbürgerlicher und großbürgerlicher Herkunft gegeben, die Hervorragendes im Dienste der Arbeiterklasse geleistet haben. Schaut Euch Marx und Engels an, die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, oder auch die Genossen Lenin, Stalin, Mao Tsetung. Was wäre die Arbeiterbewegung ohne sie? Aber ihnen allen war eines gemeinsam, sie alle haben sich auf den Standpunkt der Arbeiterklasse gestellt, waren persönlich bescheiden und haben sich der Disziplin der Partei untergeordnet oder, wie Marx und Engels, der I. Internationale, auch wenn sie manchmal ihre Meinung nicht durchzusetzen vermochten. Dagegen gab es intellektuelle Verräter am Sozialismus wie Kautsky, Bernstein, Trotzky und alle ihre kleineren oder größeren Epigonen.

In unserer Partei gibt es keine zwei Arten von Genossen, Arbeiter und Intellektuelle, die etwa verschiedene Rechte und Pflichten hätten. Und so sollte man auch in der revolutionären Bewegung nicht nach Arbeitern und Intellektuellen unterscheiden sondern danach, ob ihre Ansichten und Handlungen richtig oder falsch sind, ob sie der Sache der Revolution dienen oder nicht.

Dennoch werden wir uns in Bezug auf die Partei nicht von dem Leninschen Prinzip von 8 zu 2 abbringen lassen, das wir anstreben und in vielen Leitungen und an einigen Orten schon erreicht haben. Es hat sich gezeigt, daß es in der Partei ausgezeichnete revolutionäre intellektuelle Genossen gibt, die sich mit dem revolutionären Kampf der Partei und der Massen voll identifizieren, die bereit sind, den Interessen der Massen zu dienen und sich mit ihnen zu verbinden. Wir glauben, daß es solche Genossen auch in den Reihen der revolutionären Bewegung gibt, auch wenn sie heute noch nicht mit uns in einer Reihe marschieren.

Doch haben wir auch die gegenteilige Erfahrung gemacht, daß bei einer Verschärfung der Klassenkämpfe es gerade die intellektuellen Genossen sind, die zuerst zu schwanken beginnen, die Partei verlassen oder mit allen möglichen Theorien zu beweisen versuchen, warum sich die Partei aus den Klassenkämpfen zurückziehen muß. Noch immer ist es so wie Lenin feststellte: ***„Der bürgerliche Intellektuelle, der sich in seiner Jugend der Sozialdemokratie angeschlossen hat, ist aufgrund seiner ganzen kleinbürgerlichen Mentalität geneigt, zu resignieren: so war es – so wird es sein."*** Oder wie der Genosse Mao Tsetung sagte: ***„Ein Teil von ihnen (den Intellektuellen) wird in kritischen Augenblicken die Reihen der Revolution verlassen und passiv werden, während ein geringer Teil sogar zu Feinden der Revolution werden kann. Diese Mängel können die Intellektuellen nur in langwierigen Massenkämpfen überwinden."***

Genossen, wir können natürlich der GRF (KPD) nicht den Vorwurf machen, daß die Bourgeoisie sie hochspielt und die bürgerliche Presse ihre Aktionen bekannt macht. Soll sie doch. So ist die Meldung über die Aktion am Treptower Ehrenmal in Ostberlin durch die Weltpresse gegangen. Und mancher Arbeiter mag sich gesagt haben: Alle Achtung, sich in Ostberlin hinzustellen und gegen den Breschnew zu demonstrieren, dazu gehört Mut. Auch können wir dem Genossen Horlemann keinen Vorwurf ma-

Was heißt "Kampf zweier Linien"?

Spüren wir diese Eigenschaft der kleinbürgerlichen Intellektuellen nicht auch heute noch immer in der Partei, wo es einige Genossen gibt, die den Kampf zweier Linien in der Partei also eine Art „catch as catch can" betrachten. Die so an die Frage herangehen, als bestünde die Partei aus einer Reihe (zumindest zwei) sich ständig bekämpfender Zirkel und Einzelpersonen, wobei der Kampf das Verhindende sei. Die, wenn sich die Zellen oder auch die Leitungen bis hinauf zum ZK auf einer Linie vereinigt haben, verzweifelt zu suchen beginnen, wo denn nun die zweite Linie sei, irgendwo muß sie ja geblieben sein, und wenn halt keine da ist, dann muß man eben eine neue erfinden, damit der „Kampf zweier Linien" gewahrt bleibt. Die nicht unterscheiden zwischen den Widersprüchen in der Partei, den Widersprüchen im Volk und den Widersprüchen zum Feind. Die nichtantagonistische und antagonistische Widersprüche wie Kraut und Rüben durcheinanderwirbeln.

Genossen, diese Ansichten, diese liquidatorische, rechtsopportunistische Linie würde, würde man ihr freien Lauf lassen, die Partei in einen Zustand der Lähmung, des Kampfes aller gegen alle versetzen, so daß sie ihre Kampfaufgaben nicht mehr erfüllen könnte. Was heißt denn Kampf zweier Linien? Dieser Kampf ist ein objektives Gesetz, er findet unabhängig von unserem Willen ständig statt, auch in der Partei. Die Partei, erst recht nicht die revolutionäre Bewegung, ist eben keine nach außen abgeschlossene, abgeschirmte Organisation. Sie steht mitten im Leben. Immer und ständig dringen bürgerliche und kleinbürgerliche Einflüsse, opportunistische Ansichten auf die eine oder andere Weise in sie ein und führen zum Kampf zweier Linien. **Ein Kampf der Marxisten-Leninisten gegen „links" und rechtsopportunistische Abweichungen und Strömungen.** Gegen solche Strömungen muß man schwimmen, auch wenn man zeitweise in der Minderheit ist. Dabei ist es nun aber keinesfalls so, daß die Partei sich sozusagen als Hobby eine zweite, womöglich noch organisierte, opportunistische Linie leistet. Nein, in der Partei kann es nur eine Linie geben und keine zwei Linien nebeneinander. Es wird von der Partei ein Kampf um die richtige Linie geführt und wenn sich eine falsche Linie formiert, wird sie liquidiert. Die Partei wird dadurch gestärkt, daß sie sich von opportunistischen Elementen säubert.

Die entscheidende Frage ist nur, wie und auf welche Weise, nach welcher Methode dies geschieht. Wie wir wissen, gibt es ihrem Wesen nach qualitativ verschiedene Widersprüche, die nur mit qualitativ verschiedenen Methoden gelöst werden können. Während es beim Widerspruch zwischen uns und dem Feind darauf ankommt, zwischen ihm und uns einen klaren Trennungsstrich zu ziehen, geht es bei den Widersprüchen im Volk darum, zwischen richtig und falsch zu unterscheiden. Probleme ideologischen Charakters oder Streitfragen, die im Volke entstehen, können nur mit der Methode der Demokratie, mit der Methode der Diskussion, Kritik, Überzeugung und Erziehung gelöst werden.

Wie steht es nun mit der Frage der Widersprüche in der Partei und in der revolutionären Bewegung? Welche Methode müssen wir anwenden, um sie zu lösen? Hier gibt es bis heute noch die allgemein verbreitete „linke" dogmatische Methode des „rücksichtslosen Kampfes und der erbarmungslosen Schläge". Der Fehler der Genossen, die diese Methode anwenden, ist, daß sie den Bereich der Widersprüche zwischen uns und dem Feind in unzulässiger Weise ausdehnen, so daß sie gewisse Widersprüche im Volk als Widersprüche zwischen uns und dem Feind betrachten und Personen für Konterrevolutionäre halten, die es in Wirklichkeit nicht sind.

Genossen, diese „linken" dogmatischen Fehler sind sowohl innerhalb der Partei, als auch im Umgang der Partei mit den Genossen anderer revolutionärer Organisationen noch nicht ausgeräumt. Nicht nur, daß es immer noch vorkommt, daß Genossen in der Partei bei ihren Kritiken andere, weil sie irgendwelche Fehler gemacht haben, als Konterrevolutionäre bezeichnen, wir haben auch schon erlebt, daß Genossen aufgrund von ihnen gemachter Fehler sich selbst in ihren Selbstkritiken als Konterrevolutionäre bezeichneten. Das ist völliger Unsinn! Warum wohl treten die Genossen in unsere Partei ein, nehmen sie Opfer und Verfolgungen auf sich? Weil sie die Revolution, den Sozialismus wollen. Selbst karrieristische Tendenzen in diesem Rahmen sind anders zu beurteilen, als bei kommunistischen Parteien an der Macht. Natürlich machen die Genossen Fehler. Einen Menschen, wie auch eine kommunistische Partei, die keine Fehler machen, gibt es nicht. Entscheidend ist nicht, daß man keine Fehler macht, sie werden durch Einsicht, durch Selbstkritik, indem man ihre Ursachen aufdeckt, korrigiert. Entscheidend ist, daß sich aus diesen Fehlern keine Fraktion, keine Linie entwickelt, daß man auf seinen Fehlern nicht uneinsichtig beharrt. **Ein Konterrevolutionär in der Partei wie in der revolutionären Bewegung ist nur der, der bewußt und organisiert versucht, die Partei bzw. die Organisation, der an angehört, auf den Weg des Revisionismus, des Trotzkismus, des Anarchismus und anderer antimarxistisch-leninistischer Strömungen zu bringen.**

Auch wir müssen Selbstkritik üben

So wie der „linke" dogmatische Fehler des „rücksichtslosen Kampfes und der erbarmungslosen Schläge" noch in Überresten in der Partei vorhanden ist, so ist er es in weitaus stärkerem Maße innerhalb der revolutionären Bewegung. Und hier Genossen, müssen auch wir ernsthafte Selbstkritik üben. Zwar haben wir im März 1971 richtig geschrieben: „Stellen wir als ersten Schritt jede unsachliche Polemik gegeneinander ein. Beginnen wir die Diskussion um noch zu klärende Fragen mit dem Ziel der Einheit", doch haben wir uns selbst immer daran gehalten? Ich glaube nicht. Das beginnt schon damit, daß wir, wenn wir über andere Organisationen schreiben, das „Kommunistisch" in ihrem Organisationsnamen in Anführungszeichen oder auch Tüttelchen setzen. Was soll das? Das heißt doch nichts anderes, als daß wir den Genossen dieser Organisationen von vornherein unterstellen, keine Kommunisten zu sein, die ehrlichen Herzens für den Sozialismus sind, daß wir sie diffamieren. Mögen die Anführungszeichen im Namen der D„K"P noch einen Sinn haben, obwohl wir auch hier der Meinung sind, daß es wichtiger ist, den revisionistischen, arbeiterverräterischen Charakter dieser Organisation zu entlarven, bei den Organisationen der revolutionären Bewegung sind sie völlig unangebracht. Widersprüche, die wir zu ihnen haben, können nur im sachlichen ideologischen Meinungskampf nach der Methode richtig oder falsch geklärt werden. Also Genossen, hängen wir die intellektualistische Tüttelei getrost an den Nagel, sie bringt nichts und führt nur dazu, Widersprüche auf eine Ebene zu verlagern, auf die sie nicht hingehören.

Oder selbstkritisch, haben nicht auch wir die Genossen der anderen revolutionären Organisationen, besonders aber deren Führer, als Feinde betrachtet, die es auf Biegen und Brechen zu bekämpfen gilt, um die Mitglieder dieser Organisationen von ihnen zu trennen. **Diese Methode ist richtig und korrekt dort, wo es sich um offen revisionistische bzw. trotzkistische Organisationen handelt.** Solange diese Frage aber noch nicht entschieden ist, muß man davon ausgehen, daß die Mitglieder wie auch die Führer dieser Organisationen vom subjektiv ehrlichen Willen zur Revolution, zur Errichtung des Sozialismus ausgehen. In-

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

chen, daß er dem ‚ Spiegel“ ein Interview gab. Wichtig dabei ist nur, daß man der Bourgeoisie keine Zugeständnisse macht, daß man das Richtige sagt und zwar so, daß einen die Arbeiter auch verstehen. Wenn die bürgerlichen Massenmedien uns die Möglichkeit zur kommunistischen Agitation und Propaganda geben, warum sollten wir das nicht ausnutzen. Sollen sie uns getrost den Strick liefern, an dem wir sie aufhängen.

Falsch und diffamierend war es auch, die GRF (KPD) während des Wahlkampfes in NRW wie die D„K“P als eine bürgerliche Partei zu bezeichnen. Man könnte einwenden, aber durch ihr Auftreten gegen uns spaltet sie doch die revolutionäre Bewegung, trägt sie nicht zur Einheit der Marxisten-Leninisten bei. Richtig, unserer Meinung nach wäre es besser gewesen, sich vorher zusammenzusetzen, um zu beraten, ob und wie man den Wahlkampf gemeinsam führen kann. Dennoch gilt es auch bei diesem Fehler die Frage 70 zu 30 zu untersuchen. Das Auftreten zweier Parteien zur Wahl, die sich KPD nennen, war schädlich und nicht im Interesse der Arbeiterklasse. Andererseits aber hat die GRF (KPD) in ihrer Agitation und Propaganda wie wir versucht, die Massen im Sinne des Sozialismus, der Revolution zu beeinflussen. Das aber war die Hauptseite, die 70% gegenüber 30% der Spaltung.

Zwar verschärft ein Wahlkampf die Polemik, doch sollte sie den Genossen der anderen revolutionären Organisationen gegenüber sich in sachlichen Grenzen halten. Natürlich ist man sauer, wenn man, wie beim Wahlkampf in Hamburg, feststellt, daß die Genossen der GRF wie die Revis die Plakate unserer Partei zerstören, wenn sie sich bei gemeinsamen Demonstrationen mit ihrer Fahne an die Spitze unseres Zuges setzen u. a. m. Doch darf uns das nicht veranlassen, gleiches mit gleichem zu vergelten. **Schließlich sind wir Marxisten-Leninisten und unsere Aufgabe ist es, in geduldiger Überzeugungsarbeit die Einheit in der revolutionären Partei des Proletariats zu schaffen.** Deswegen sollten wir auch nicht im ROTEN MORGEN, wie schon mal geschehen, die Genossen Horlemann und Semler als „Herren“ bezeichnen. Und wir sollten, soweit wir in den vergangenen Jahren die von uns selbst geforderte Sachlichkeit der Polemik mit anderen revolutionären Gruppen nicht beachtet haben, Selbstkritik üben.

Du bist gut, werden nun wohl manche unserer Genossen sagen, schließlich waren sie es doch, die gespalten haben, die mit der unsachlichen Polemik gegen uns begonnen haben, die Dich selbst mit den übelsten Verleumdungen belegt und Dich mit Ausdrücken wie „Watte im Kopf und Schaum vorm Mund“ belegt haben. Richtig, aber was soll ich dazu sagen? Schließlich hat mich die Partei zu ihrem Vorsitzenden gewählt und auf den schießen sich natürlich die Genossen der anderen Organisationen ein. Soll ich ihnen das übelnehmen, nachtragen? Nein. Genossen, in der Grundeinheit unserer Partei, der ich angehöre, gibt es eine Genossin, die einmal zu den Liquidatoren gehörte und als sie noch in der Partei war, gegen mich einen Ausschlußantrag stellte. Heute ist sie eine gute revolutionäre Genossin. **Niemals dürfen wir, wenn Genossen, sei es innerhalb, sei es außerhalb der Partei, in der revolutionären Bewegung selbstkritisch zu ihren Fehlern Stellung genommen und sie korrigiert haben, diese ihnen nachtragen.** Es sei denn, sie wiederholen sich ständig und bilden eine Linie.

Genossen, wir müssen uns vor jeder Überheblichkeit den anderen revolutionären Organisationen gegenüber hüten. Sicher ist unsere Partei im Gegensatz zu den anderen Organisationen im Kampf gegen den modernen Revisionismus entstanden. Sicher hat sie im Kampf zweier Linien ihre korrekte marxistisch-leninistische Linie weiterentwickelt und sich zunehmend in den Betrieben verankert. Sicher hat sie sich in Beachtung der Prinzipien des demokratischen Zentralismus und der Kritik und Selbstkritik zu einer disziplinierten bolschewistischen Partei entwickelt. Doch auch die anderen Organisationen haben mehr oder minder kommunistische Aktivitäten geleistet.

Von dem Wunsch nach Einheit ausgehen

Unserer Meinung nach sind wir die Vorhutpartei des deutschen Proletariats. Doch können wir diesen Anspruch nicht, wie dies hin und wieder Genossen unserer Partei den anderen Organisationen gegenüber tun, davon ableiten, daß uns die Partei der Arbeit Albaniens als Bruderpartei anerkennt. Auch wäre es lächerlich, diesen Anspruch davon abzuleiten, daß die Arbeiterdelegation der GRF (KDP) in der VR China „nur“ auf Staatsebene, während unsere Delegation vom Mitglied des Politbüros der KPCh, dem Genossen Yao Wen-yüan, empfangen wurde. **Ob wir die Vorhutpartei des deutschen Proletariats sind, wird letztendlich unsere politische Linie, wird die deutsche Arbeiterklasse entscheiden, wenn sie aufgrund dieser Linie uns auf dem Weg zur proletarischen Revolution für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland folgt.** Natürlich freuen wir uns über enge und herzliche Beziehungen zu der albanischen und chinesischen Bruderpartei, für uns aber können sie nur die Verpflichtung sein, die in uns gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Den anderen revolutionären Organisationen hier in der deutschen Bundesrepublik möchten wir zu bedenken geben, daß diese Anerkennung durch die albanischen und chinesischen Genossen aufgrund von eingehenden Analysen erfolgt und daß wir so schlecht nicht sein können, daß sie Gespräche mit uns ablehnen.

Wie sollen wir nun die Widersprüche in der revolutionären Bewegung in unserem Land lösen? Welche Methode sollen wir anwenden? Wir sollten hier von den chinesischen Genossen lernen. Von dem Genossen Mao Tsetung, der in seiner Schrift „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk“ schrieb:

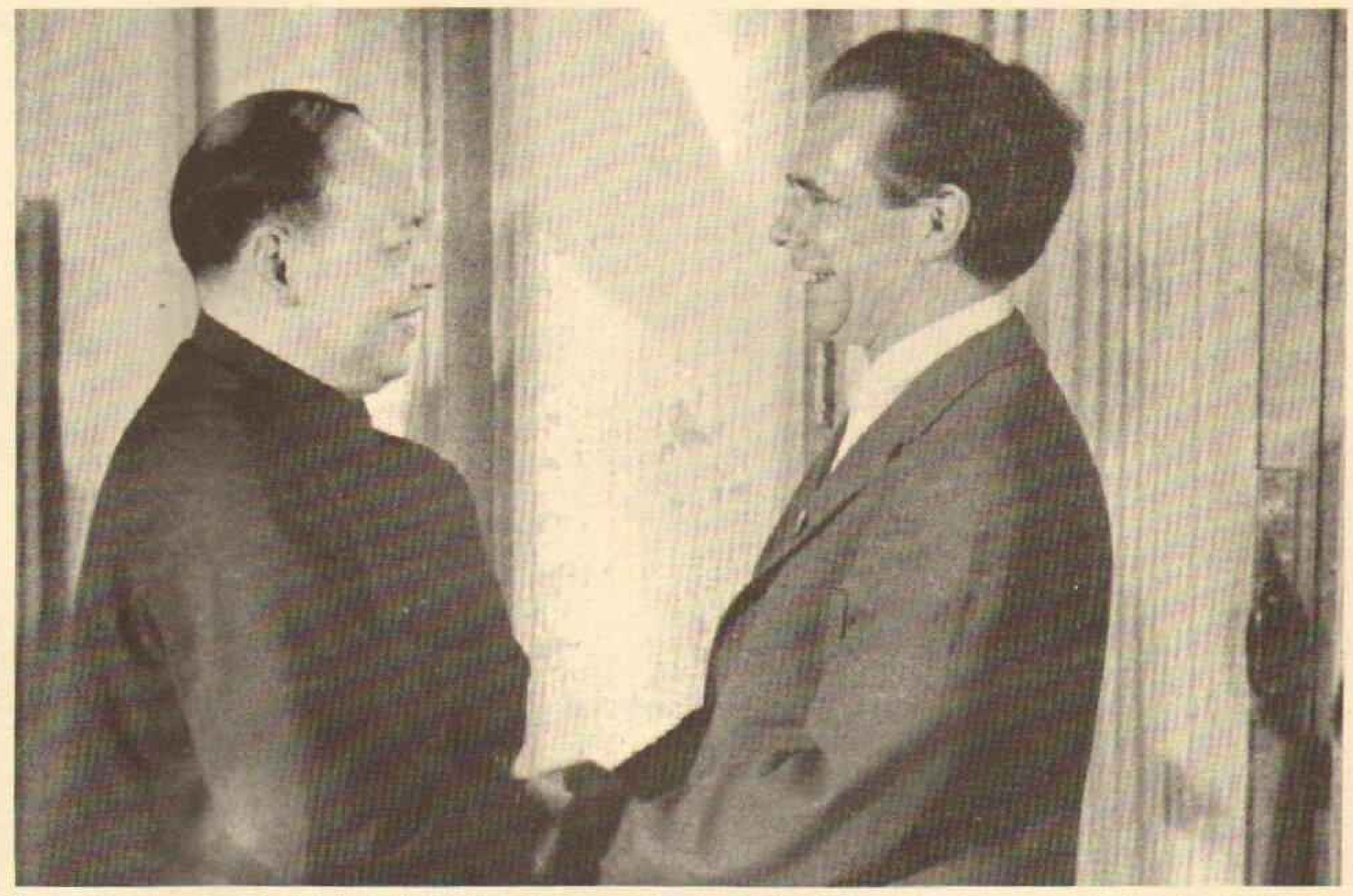
„Bei der Kritik an den „linken“ Abweichungen des Dogmatismus wandten wir anstelle dieser alten eine neue Methode an: von dem Wunsch nach Einheit ausgehen, durch Kritik oder Kampf klar zwischen richtig und falsch unterscheiden und damit auf neuer Grundlage eine neue Einheit erreichen . . . Wenn man diese Methode anwendet, muß man vor allem von dem Wunsch nach Einheit ausgehen. Denn wenn subjektiv der Wunsch nach Einheit nicht vorhanden ist, führt der Kampf unweigerlich zur schlimmsten Desorganisation. Wäre das nicht dasselbe wie ‚rücksichtsloser Kampf und erbarmungslose Schläge‘ ? Was für eine Einheit der Partei gäbe es da noch? Durch diese Erfahrung kamen wir zu der Formulierung ‚Einheit-Kritik-Einheit‘. Oder mit anderen Worten: ‚Aus früheren Fehlern lernen, um künftige zu vermeiden‘, und ‚Die Krankheit bekämpfen, um den Patienten zu retten‘. Wir wandten diese Methode auch außerhalb unserer Partei an.“

Dieses Prinzip, das die Partei in Ihren Reihen anwendet, hat auch Gültigkeit für die revolutionäre Bewegung und ist die einzige Methode, um die Einheit der Marxisten-Leninisten in der revolutionären Partei des Proletariats voranzutreiben. Doch gehört dazu nun eben mal der subjektive Wunsch nach Einheit. Wir haben diesen Wunsch. Doch wie sieht es damit bei den anderen Organisationen aus? Unsere Erfahrungen mit Aktionseinheitsangeboten sind bisher nicht gerade ermutigend und sicherlich wird es mit den berufsmäßigen Spaltern der marxistisch-leninistischen Bewegung nach Art der „Strömungs“-leute, deren einzige Praxis darin besteht, Zitate aus dem Zusammenhang zu reißen, längst korrigierte Fehler neu aufs Tapet zu bringen, zu fälschen, zu verdrehen, zu verleumden, keine Einheit geben. Für sie gilt, was Lenin über solche intellektuellen Schwätzer wie Martow sagte:

„Dagegen schwatzen und klatschen, bei Martow (oder anderen, ihm ähnlichen schmutzigen Verleumdern) ein- und ausgehen und dunkle Gerüchte aufwärmen, Anspielungen erhaschen und weitergeben – ob, darin sind die Intellektuellen-Klatschbasen große Meister! Wer auch nur einmal in seinem Leben dieses Milieu der intrigierenden Intellektuellen-Klatschbasen kennengelernt hat, der wird gewiß (wenn er nicht selbst eine solche Klatschbase ist) sein ganzes Leben lang Abscheu vor diesen nichtswürdigen Kreaturen haben. – Jedem das Seine. Jede Gesellschaftsschicht hat ihre ‚Lebensart‘, ihre Gewohnheiten, ihre Neigungen. Jedes Insekt hat die ihm eigene Kampfeswaffe: Es gibt Insekten, denen dazu die Ausscheidung übelriechender Flüssigkeit dient.“

Nein, mit solcher Art Leuten, intellektuellen Schwätzern und Spinnern, Zitateklaubern und Dogmatikern, denen auch der geringste Wille zur Einheit fehlt, lohnt es sich nicht zu sprechen. Schickt sie an Land, jede Minute mit ihnen ist Zeitverschwendung. Doch sind sie eine kleine, unbedeutende Minderheit. Bei der Mehrzahl der Genossen der revolutionären Bewegung sollten wir voraussetzen, daß sie wie wir den Willen zur Einheit haben. Einer Einheit auf den korrekten Grundlagen des Marxismus-Leninismus.

Denn eines müssen wir bei allem Willen zur Einheit im Auge behalten, eine Einheit um der Einheit willen kann es nicht geben. In seiner Kritik am „Gothaer Programm“ stellte Marx den berühmten Grundsatz auf, ein Marxist *„lasse sich auf keinen Prinzipienschacher ein“*. Daran werden auch wir uns halten! Doch müssen wir unterscheiden zwischen prinzipiellen und Fragen taktischer Art. Bei letzteren, z. B.: Beteiligung an Wahlen oder nicht, wie in den Gewerkschaften arbeiten, welche Art von Aktionen usw. usf. kann und wird es durchaus Meinungsverschiedenheiten geben. Bei ihrer Lösung muß man nach der Methode richtig oder falsch herangehen und gründlich analysieren. Dabei kann es durchaus vorkommen, daß die anderen im Recht und wir im Unrecht sind. Es kann auch vorkommen, daß man eine Frage nicht lösen kann, dann muß die Praxis entscheiden. Auf jeden Fall können Fragen taktischer Art kein Hinderungsgrund für die Herstellung der Einheit sein. In der gemeinsamen Erklärung des ZK der KPD/ML und des ZK der KPD zur Aktionseinheit am 1. Mai stellten wir gemeinsam fest: *„Es ist unbedingt notwendig einen entschiedenen Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten zu führen, da ohne diese Einheit der Marxisten-Leninisten keine revolutionäre Einheitsfront der Arbeiterklasse gebildet werden kann. Die Einheit der Marxisten-Leninisten kann nur im scharfen ideologischen Kampf in erster Linie gegen den modernen Revisionismus, gegen den Trotzkismus und andere bürgerliche Strömungen hergestellt werden.“*



Genosse Yao Wen-yüan, Mitglied des Politbüros des ZK der KP Chinas, begrüßt herzlich Genossen Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML

Man muß sich zusammensetzen

Diese Feststellung, Genossen, überhaupt die gemeinsame Erklärung unserer beiden Organisationen und die auf dieser Erklärung basierende Aktionseinheit zum 1. Mai waren ein nicht unbedeutender Schritt vorwärts auf dem Weg zur Einheit. Nur dürfen wir dabei nicht stehenbleiben, sondern müssen weiter voranschreiten. **Voranschreiten, indem wir nicht nur – wie in unserer gemeinsamen Erklärung – schreiben und feststellen, „daß es trotz dieser Aktionseinheit eine Reihe wichtiger politischer und ideologischer Differenzen“ zwischen unseren Organisationen gibt, deren Klärung „durch einen scharfen und sachlichen Kampf . . . angestrebt werden“ soll, sondern dies auch tun.** Von nichts kommt nichts. Da muß man sich schon zusammensetzen. Und zwar nicht als Gegner, sondern als Genossen, die das gemeinsame Ziel der Schaffung eines vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschlands verhindert.

Wir, das Zentralkomitee unserer Partei, sind dazu bereit. Und, um nicht mißverstanden zu werden, es geht dabei gar nicht darum, irgendwelche Fehler der Vergangenheit unter den Tisch kehren zu wollen. Wir haben in unserem Theoretischen Organ Nr. 3 die Fehler und den Werdegang der GRF (KPD) gründlich analysiert. Aber nicht, um daraus den Schluß zu ziehen, mit diesen Genossen kann man nicht sprechen, sondern um ihnen zu helfen, aus Fehlern zu lernen, um künftige zu vermeiden. Umgekehrt erwarten wir auch, daß man uns kritisiert. Wir sind nicht so überheblich, um anzunehmen, daß wir keine Fehler gemacht hätten. Außerdem bestreiten wir nicht, daß auch objektive Bedingungen – z. B. die damalige relative Schwäche unserer Partei – die Gründung der GRF (KPD) begünstigt haben. Doch eines, Genossen der GRF (KPD): **Eure Partei ist nicht 1970, sie ist zur Jahreswende 1968/69 gegründet worden und steht in der ruhmreichen Tradition Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns.**

Sind aber die Fehler besprochen und korrigiert, so ist es wichtig, den Blick nach vorn zu richten. Die Einheit in der revolutionären Partei des Proletariats wird uns nicht geschenkt werden. Sie muß – ausgehend von dem Willen zur Einheit – in der gemeinsamen Aktion, im sachlichen Gespräch der Genossen, in der Diskussion in den Parteien Schritt für Schritt errungen werden. Eine prinzipienlose Einheit kann und wird es nicht geben.

Wenn wir hier hauptsächlich von der GRF (KPD) gesprochen haben, so heißt das nicht, daß unser heute wiederholtes Angebot vom März 1971 nicht auch für alle anderen Organisationen (auch die kleinen) der revolutionären Bewegung gilt: **„Stellen wir als ersten Schritt jede unsachliche prinzipienlose Polemik gegeneinander ein. Beginnen wir die Diskussion um noch zu klärende Fragen mit dem Ziel der Einheit. Der Einheit auf der Grundlage des Marxismus, des Leninismus und der Maotestungideen. Der Einheit in der bolschewistischen Partei des Proletariats.“** Heute aber steht uns die GRF (KPD) politisch am nächsten.

Genossen, die deutsche Arbeiterklasse erwartet von uns, daß wir die derzeitigen Zwistigkeiten überwinden, daß wir den nur der Bourgeoisie und ihren Agenten, den modernen Revisionisten und den Trotzkisten nützenden Zustand des Zirkelunwesens beseitigen. Deshalb stellte die Partei in ihrem TO Nr. 2 korrekt fest:

„Der beharrliche Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten in der bolschewistischen Partei ist zu einem wichtigen Prüfstein für die Frage geworden, wer den Ehrennamen Kommunist zu Recht trägt und wer ihn sich nur als Aushängeschild umgehängt hat, um seine in Wirklichkeit gegen die Arbeiterklasse und das werktätige Volk gerichtete Tätigkeit zu tarnen.“

Lösen wir die in der revolutionären Bewegung bestehenden Widersprüche nach der Methode: *„Einheit – Kritik – Einheit“, „aus früheren Fehlern lernen, um künftige zu vermeiden‘, „die Krankheit bekämpfen, um den Patienten zu retten.“*

Heben wir das Banner des Kampfes für die Einheit aller deutschen Marxisten-Leninisten in der revolutionären Partei des Proletariats!

Beauftragter des ZK der KPD/ML überreicht Rede des Genossen Ernst Aust auf Grossveranstaltung der GRF(KPD)

Auf der Großveranstaltung der GRF (KPD) in Düsseldorf überbrachte ein Beauftragter des ZK der KPD/ML das Manuskript der Rede des Genossen Ernst Aust „Vorwärts auf dem Weg zur Einheit der Marxisten-Leninisten". Außerdem richtete der Genosse folgende Worte an die Anwesenden, die mit großem Beifall aufgenommen wurden.

An das ZK der KPD!
An die heutige Großveranstaltung der KPD!

Liebe Genossen!

Das ZK der KPD/ML überbringt Euch herzliche, brüderliche Kampfesgrüße zu Eurer heutigen Großveranstaltung. Die beiden imperialistischen Supermächte, der sowjetische Sozialimperialismus und der USA-Imperialismus, sind heute die größten und gefährlichsten Feinde aller Völker und auch des deutschen Volkes. Unsere Partei begrüßt es sehr, daß die KPD auf ihrer heutigen Veranstaltung die Notwendigkeit des Kampfes gegen die beiden Supermächte propagiert. In der gemeinsamen Erklärung unserer beiden Organisationen zum 1. Mai 1975 wurde betont: „Auf deutschem Boden stehen sich die beiden Supermächte waffenstarrend gegenüber, und Deutschland liegt im Zentrum ihrer Auseinandersetzung. Es ist die Aufgabe aller Marxisten-Leninisten, alle Kräfte hier zu mobilisieren und zusammenzuschließen, die bereit sind, gegen die beiden Supermächte zu kämpfen."

In diesem Sinne wünschen wir Eurer heutigen Großveranstaltung vollen Erfolg. Gleichzeitig möchten wir Euch darauf hinweisen, daß zur gleichen Stunde in Westberlin eine Veranstaltung unserer Partei stattfindet, auf der unser Vorsitzender, Genosse Ernst Aust, zum Thema „Vorwärts auf dem Weg zur Einheit der Marxisten-Leninisten" eine Rede hält. Wir alle sind uns einig darin, daß es heute eine der wichtigsten Aufgaben aller Marxisten-Leninisten in Westdeutschland und Westberlin ist, den Kampf für die Einheit aller Marxisten-Leninisten in der bolschewistischen Partei des Proletariats zu verstärken. Gerade auch in Hinblick auf den Kampf gegen die beiden Supermächte zeigt sich diese Notwendigkeit besonders deutlich. Denn: Einigkeit macht stark! Deshalb benutzen wir diese Gelegenheit, um den Vertretern des ZK der KPD die Rede des Genossen Ernst Aust zur Einheit der Marxisten-Leninisten als Manuskript zu überreichen. Wir bitten Euch, die Rede zu lesen und uns mitzuteilen, ob Ihr prinzipiell zu Gesprächen zwischen den führenden Genossen unserer beiden Organisationen mit dem Ziel der Herstellung der Einheit aller Marxisten-Leninisten in der bolschewistischen Partei des Proletariats bereit seid.

STÄRKT DIE WELTWEITE EINHEITSFRONT GEGEN DIE BEIDEN IMPERIALISTISCHEN SUPERMÄCHTE!

FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

VORWÄRTS AUF DEM WEG ZUR EINHEIT DER MARXISTEN-LENINISTEN!

Mit revolutionären Grüßen!
ZK der KPD/ML

Richtigstellung

Wir sind um eine Richtigstellung eines in der „Roten Fahne" 24/75 erschienenen Berichts über den angeblichen Ausschluß der Ortsgruppe Reutlingen aus der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft gebeten worden:

1. In der „Roten Fahne" war behauptet worden, daß die Ortsgruppe Reutlingen der GDCF aus der Gesellschaft ausgeschlossen worden ist. Das ist falsch. Auf der Bundesdelegiertenkonferenz im Juni wurden dagegen zwei Delegierte der Ortsgruppe zur Suspendierung (d. h. alle ihre Mitgliedsrechte ruhen) vorgeschlagen, die inzwischen auch vom Bundesvorstand der GDCF ausgesprochen worden ist. Der Bundesvorstand der GDCF beschloß die Suspendierung, weil die beiden Genossen als Kommunisten und als ehemaliger Vorstand der Ortsgruppe Reutlingen dafür gekämpft haben, daß von der GDCF nicht verschwiegen wird, daß die VR China ein sozialistischer Staat der Diktatur des Proletariats ist.

2. In der „Roten Fahne" ist die Rede von der sektiererischen Politik der KPD/ML in der GDCF, und es wird gleichzeitig der Eindruck erweckt, als ob alle Mitglieder der Ortsgruppe Reutlingen Genossen der KPD/ML sind. Das ist falsch und der Vorwurf des Sektierertums ist absurd, ebenso wie es absurd wäre zu behaupten, daß die GRF (KPD) sektiererisch sei, weil der Bundesvorstand der GDCF eine Initiativgruppe in Braunschweig, in der KSV und Ligagenossen arbeiten, nicht aufgenommen hat und stattdessen eine Gruppe aufnahm, deren Vorstand auf einer öffentlichen Versammlung die VR China beschimpfte. Gerade das Braunschweiger Beispiel zeigt, daß es in der GDCF offensichtlich Elemente gibt, die Kommunisten ausschließen oder suspendieren, um in der GDCF eine bürgerliche, chinafeindliche Linie durchzusetzen. Hier von Sektierertum zu sprechen, heißt eben, diesen Kernpunkt nicht zu verstehen und zu verwischen.

3. Als ehemaliges Vorstandsmitglied der GDCF Reutlingen hat H. Zmaila eine Richtigstellung an die „Rote Fahne" geschickt, mit der Aufforderung zum Abdruck und zur Stellungnahme. Wir werden in der nächsten Nummer des ROTEN MORGEN ausführlicher auf die Bundesdelegiertenkonferenz der GDCF eingehen.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Mosambik feiert seine Unabhängigkeit

Im Südosten Afrikas, an der Küste des Indischen Ozeans, ist am 25. Mai ein neuer Staat der Dritten Welt entstanden: die Volksrepublik Mosambik. Mit ihrer Geburt ist die fast 500jährige Fremdherrschaft der portugiesischen Kolonialisten zuende gegangen, hat sich das Volk von Mosambik unter der Führung seiner Befreiungsorganisation Frelimo die Freiheit und Unabhängigkeit erkämpft.

Das Volk von Mosambik hat die Freiheit und Unabhängigkeit nicht auf einem silbernen Tablett geschenkt bekommen. Die fast 500jährige Geschichte der portugiesischen Kolonialherrschaft ist zugleich auch die Geschichte des Kampfes des Volkes gegen seine Unterdrücker. Vor elf Jahren griff das Volk von Mosambik unter der Führung der Frelimo zu den Waffen und begann den revolutionären Volkskrieg, der ihm nun die Befreiung brachte.

Waren die bewaffneten Kämpfer anfangs auch klein an Zahl und hatten nur wenige Waffen; mutig im Kampf ausharrend und im Vertrauen auf die eigenen Kräfte stärkten sie sich, und eine mächtige Armee des Volkes wuchs heran, die von den Volksmassen in Stadt und Land geliebt und geachtet wird, die enge, unzertrennliche Verbindungen zu ihnen unterhält und das ganze Volk im Kampf gegen den Feind mobilisierte.

So wurde aus einer anfangs schwachen Kraft eine starke unbesiegbare Kraft, die den portugiesischen Kolonialisten Schlag auf Schlag versetzte, schließlich die Kolonialistenherrschaft zerbrach und einen entscheidenden Teil zum Sturz des faschistischen Caetano-Regimes in Portugal beigetragen hat.

Das portugiesische Kolonialregime führte einen grausamen Krieg gegen das Volk von Mosambik. Die Kolonialisten errichteten KZ-Dörfer, warfen Bomben auf Bauerndörfer, verübten Massaker und versuchten vor allem, die Kämpfer und Kader der Frelimo zu vernichten. Heimtückisch ließen sie sogar den damaligen Vorsitzenden der Frelimo Eduardo Mondlane umbringen.

Dieses Regime stützte sich auf die Waffen, Dollars und „Hilfe" der amerikanischen Imperialisten, ohne die es niemals solange hätte existieren können. Aber auch die westdeutschen Imperialisten lieferten ihm Waffen und gaben ihm Geld, bemüht, es am Leben zu erhalten. Deshalb sind sie auch nicht zur Unabhängigkeitsfeier nach Mosambik eingeladen worden.

Während die USA-Imperialisten die Kolonialisten offen unterstützten, trat die andere Supermacht, der sowjetische Sozialimperialismus, heimtückisch als Verräter und Saboteur am Kampf des Volkes auf und versuchte, die Lage nach dem Sturz des Caetano-Regimes für sein Hegemoniestreben auszunutzen und im Trüben zu fischen. Als Spinola mit fadenscheinigen politischen Manövern versuchte, den Kampf des Volkes für seine Freiheit zu ersticken und als die afrikanischen Staaten ausdrücklich alle Länder aufforderten, keine Beziehungen zu Portugal aufzunehmen, schickten die neuen Zaren im Kreml in aller Eile einen Botschafter nach Lissabon.

Das Volk von Mosambik blieb aber wachsam. Unter der Führung der Frelimo zerschlug es nicht nur mehrere Putschversuche der Kolonialisten, sondern zerschmetterte auch alle Intrigen und Komplotte gegen seine Freiheit und Unabhängigkeit.

Es war ein bewegender Moment, als am 25. Juni im Stadion von Lorenzo Marques die Flagge der Volksrepublik Mosambik unter begeistertem Jubel am Fahnenmast emporstieg und die Geburt dieses neuen Staates verkündete, eines Staates, der im Kampf gegen den Imperialismus geboren wurde, der sich einreiht in die Front der Völker der Dritten Welt gegen den Imperialismus und vor allem die beiden Supermächte.

Aus aller Welt

FRANKREICH

Gegen einen Mordanschlag auf ihre Kollegen demonstrieren in diesen Tagen die Arbeiter der Kabelfabrik von Clichy. Am 24. Juni hatten sie sich aus Protest gegen die Besetzung ihrer Fabrik durch faschistische Schlägerbanden zu einer Kundgebung vor den Werkstoren versammelt. Plötzlich rast ein Wagen in die Menge – am Steuer eine stadtbekannte Kreatur des GCE, des Verbandes der französischen Kapitalisten. Neun Kollegen werden angefahren. Sieben sind schwer verletzt, Lahcène Korbani ringt tagelang mit dem Tod. Die Polizei, die zum Großeinsatz gegen die kämpfenden Kollegen angerückt war, rührt keinen Finger, sondern macht es möglich, daß der Verbrecher entkommt. Die Empörung der Arbeiter ist ungeheuer, und sie steigt noch, als sie in „L'Humanité", der Zeitung der französischen Revisionisten, die Version der Polizei über diesen Mordanschlag lesen: Verkehrsunfall. Mit Kundgebungen und Demonstrationen kämpfen sie gegen die reaktionäre Gewalt der Kapitalisten, des Staates und der Polizei.



SÜDVIETNAM

Die Nachrichtenagentur Hsinhua berichtet, daß der chinesische Frachter Wang Tsue im Hafen von Saigon vor Anker liegt. Das Schiff lud in diesem Hafen Reis, Textilien und andere Materialien ab, als Hilfe des chinesischen Volkes für das südvietnamesische Volk. Der Frachter ist das erste chinesische Schiff, das Saigon seit seiner Befreiung anläuft. Vertreter aller Bevölkerungsschichten der Stadt besichtigen das chinesische Schiff und wünschten seinen Matrosen Erfolge bei ihrer Arbeit.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA UND VIETNAM!

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA/VIETNAM

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 und 41 Meter
16.00-16.30	32 und 41 Meter
19.00-19.30	41 und 50 Meter
2. Programm	
14.30-15.00	32 und 41 Meter
18.00-18.30	32 und 41 Meter
21.30-22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
3. Programm	
6.00-6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00-23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

RADIO PEKING

Im Winter	43,7; 42,8 und 38,5 Meter
Im Sommer	26,2 Meter
Jeweils:	19.00-20.00 und 21.00-22.00 Uhr.

32 Meter entspricht 9,26 MHz
41 Meter entspricht 7,23 MHz
50 Meter entspricht 5,95 MHz
215 Meter entspricht ca. 1 400 KHz (Mittelwelle)

Ein großartiger Erfolg

200 000 besuchten China-Ausstellung in Köln

Am 25. Juni ging in den Kölner Messehallen die erste Wirtschafts- und Handelsausstellung der Volksrepublik China in Westdeutschland außerordentlich erfolgreich zuende. Rund 200 000 Menschen besuchten die Ausstellung, um mehr zu erfahren über Landwirtschaft, Industrie, Kultur und Lebensweise des chinesischen Volkes. Es war die erste Ausstellung in den Kölner Messehallen, die zeitweise wegen Überfüllung geschlossen werden mußte.

Welche Sympathie die meisten Menschen dem sozialistischen China, seiner kommunistischen Partei und vor allem dem Vorsitzenden, Genossen Mao Tsetung entgegenbringen, kam darin zum Ausdruck, wenn viele von ihnen immer wieder feststellten: „Mao Tsetung hat außerordentlich Großes für das Volk getan."

Daß die Produkte aus der VR China von ausgezeichneter Qualität sind und von hohem technischen Niveau zeugen, das bestätigten nicht nur die vielen Besucher, sondern das zeigte sich auch darin, daß im Verlauf der Ausstellung 2 000 Geschäftsleute kamen, um mit den Vertretern der chinesischen Ausstellungsdelegation Gespräche über Vertragsabschlüsse zu führen.

noch, zu einer Deformierung der wirtschaftlichen Basis geführt" habe. Doch gerade die Ausstellung selbst widerlegt glänzend die Lügen der Revisionisten, daß die Kulturrevolution die Wirtschaft zurückgeworfen und Unheil angerichtet habe. Im Gegenteil, die Ausstellung zeigt gerade, daß seit der Kulturrevolution, in deren Verlauf die Verräter entlarvt und bekämpft, die Diktatur des Proletariats und der Aufbau des Sozialismus gefestigt wurden, die Produktion in Landwirtschaft und Industrie noch höhere Zuwachsraten hat, das Volk noch besser versorgt werden kann.

Doch die Hetze der Revisionisten gegen die Volksrepublik China hat der D„K"P anläßlich der Ausstellung keinen Erfolg gebracht. Die



Ein Blick über die Ausstellung: die landwirtschaftliche Abteilung.

Einzig die modernen Revisionisten der D„K"P hetzten auch anläßlich dieser Ausstellung gegen die Volksrepublik China. Geradezu wütend über das breite Interesse, das die Bevölkerung dieser Ausstellung entgegenbrachte, stellt ein Leserbrief in der UZ erbittert fest, daß eine ähnliche Ausstellung der Tschechoslowakei auf nur geringes Interesse gestoßen sei und in den Zeitungen nur in einigen Zeilen Erwähnung gefunden habe. So,als wollten sie die Tatsachen einfach nicht wahr haben, lügen die modernen Revisionisten der D„K"P, daß in China nach der Kulturrevolution die Politik „desorganisierende Auswirkungen" gehabt habe und zu einem „Stagnieren des Aufbaus, mehr

meisten Menschen, die in Köln die Ausstellung besuchten, wünschen engere Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Westdeutschland, denn das bedeutet zugleich auch, daß die freundschaftlichen Kontakte zwischen unserem Volk und dem großen chinesischen Volk weiter zunehmen. Und das wünschen die Menschen in Westdeutschland allerdings. Das haben die Besucherzahlen wie auch das freundschaftliche Interesse der Besucher an der Volksrepublik China gezeigt.

ES LEBE DIE FREUNDSCHAFT ZWISCHEN DEM DEUTSCHEN UND DEM CHINESISCHEN VOLK!

Eine Dreherin aus Bochum

Begeistert von den chinesischen Maschinen

Zwanzig Tage lang veranstaltete die Volksrepublik China in den Messehallen in Köln-Deutz eine weitgefächerte Ausstellung über ihre Errungenschaften in der Schwer- und Leichtindustrie, der Landwirtschaft, der Kunst, des Kunstgewerbes usw.

Für uns Arbeiter war der interessanteste Teil dieser Ausstellung die Abteilung über Werkzeugmaschinenbau, denn schließlich stehen wir selber tagtäglich an ähnlichen Maschinen und müssen mit ihnen zurandekommen.



Eine der modernen Drehbänke aus der VR China

Deshalb interessierte uns vor allem die Beschaffenheit dieser Maschinen und wie es sich daran arbeiten läßt. Wir wollten wissen, worin sie sich von ähnlichen Maschinen in unserem Land unterscheiden.

Die Genossen, welche die Maschinen vorführten, sprachen selber kein Deutsch und riefen deshalb gleich einen Dolmetscher herbei, einen Gaststudenten aus der Volksrepublik China, um uns die Maschinen zu erklären.

Die Maschinen waren durchweg automatisch gesteuert, zum größten Teil mit numerischer Steuerung, aber auch mit Strömungsdruck. Ihr technischer Standard war von Weltniveau. Hier einige Beispiele: eine Universal-Schleifmaschine für Fräser aller Art mit einer Genauigkeit von 3/1000 Millimeter, Fräsmaschinen und Drehbänke mit einer Toleranz von 5/100, eine ganze Fertigungsstraße für Bremsarme, die zugleich große und kleine Bremsarme bohrt, reibt bzw. in den Bohrungen Gewinde schneidet. Alle diese Maschinen wurden von der Tsin Hua-Universität nach der Kulturrevolution entwickelt und die chinesischen Genossen sagten uns auch, daß es davon noch nicht genügend gäbe. Nebenbei: bei uns in Westdeutschland auch nicht. Soviel zum technischen Standard. Uns interessierte aber nun, wie man an einer solchen Maschine arbeitet.

Aus unserer täglichen Praxis kennen wir ja die Schwierigkeiten: die Öffnung zum Nachfüllen von Kühlmitteln ist zu klein, oder gleich darüber mündet irgendein Schlauch oder Kabel in die Maschine, so daß man gar nicht richtig herankommt. Schließlich die Schutzvorrichtungen bei uns. Wir kennen alle die Drehbänke, die uns mit Spänen vollspucken, und wer an einem Drehautomaten arbeitet, weiß, wie voll von Öl er von oben bis unten wird. Sogar bei Einspindlern ist oft am Boden fast genausoviel Öl wie in der Maschine. So ist das bei uns und wir wollten sehen, wie das in der Volksrepublik China ist.

Ein besonders gutes Beispiel: an einem Vierspindel-Drehautomaten fiel kein einziger Tropfen Öl auf den Fußboden. Nicht daß der Schutz, eine Plexiglasscheibe, irgend eine besondere Konstruktion gewesen wäre, sie war aber genau dort angebracht, wo sie hingehörte; zugleich waren die Ölröhrchen so angelegt, daß sie das Öl genau auf das Werkstück fließen lassen, aber unnötiges Verspritzen verhindert wurde. An der gleichen Maschine gab es eine große, leicht zugängliche Öffnung für das Nachfüllen des Öls. Ebenso an allen anderen Maschinen. Die Spänekästen bzw. die Stellen, an denen sich Späne sammeln, sind ebenso leicht zugänglich und der Produktionsabfall kann mit wenigen Handgriffen in kürzester Zeit entfernt werden. Auch sind die Schutzvorrichtungen großzügig angelegt, gar nicht vergleichbar mit den „Lendenschürzen" bei uns, die nicht dem Schutz des Arbeiters dienen, sondern lediglich als Demonstration für das Gewerbeaufsichtsamt.

Wir erfuhren auch, wieso das in China so ist. An der Konstruktion der Maschinen werden Arbeiter beteiligt. Aus ihrer Erfahrung am Arbeitsplatz lernen die Konstrukteure, bevor sie sich an die Konstruktion machen. Und schließlich arbeiten die Konstrukteure selber immer wieder an Maschinen, damit sie nicht vergessen, was für die Arbeiter notwendig ist. **Das eben ist der Unterschied: in China werden die Maschinen vom Volk für das Volk gebaut,und sie gehören dem Volk. In China dienen die Maschinen den Arbeitern, während es bei uns gerade umgekehrt ist, der Arbeiter zum Anhängsel der Maschine gemacht wird,und die Maschine es dem Kapitalisten erlaubt, dieses Anhängsel auszubeuten.**

Zusammen mit uns besichtigte ein taubstummer Metallarbeiter die Maschinen. Wir wissen, wie man bei uns solche behinderte Menschen behandelt: Sie werden widerwillig abgespeist oder gleich abgeschoben. Anders hier. Die chinesischen Genossen erklärten ihm bereitwillig alles, was er wissen wollte, und sein jahrelanger Angewohnheit verstand er sie besser als wir. Er brauchte keinen Dolmetscher.

So war allein diese eine Abteilung Werkzeugmaschinenbau schon ein schlagender Beweis dafür, wie haushoch überlegen der Sozialismus ist. Nicht umsonst hat die bürgerliche Propaganda gerade den Werkzeugmaschinenbau auf dieser Ausstellung mit Schweigen übergangen oder verniedlicht, wie etwa die WAZ, die schrieb: „Und da sind da noch Maschinen, aber die gibt es bei uns auch, nichts neues." Sicher gibt es die bei uns auch, aber eben keine solchen. Es wird dem Kapitalismus nichts nützen, wenn er die Volksrepublik China als eine Art Kunstgewerbe- und Souvenir-Land hinstellt. Der siegreiche Sozialismus wird wie bisher die Industrie stürmisch weiterentwickeln, und der Kapitalismus wird untergehen.

Veranstaltung der KPD/ML in Köln

Es lebe die Volksrepublik China!

Anläßlich der Wirtschafts- und Handelsausstellung der Volksrepublik China und aus Anlaß der Rückkehr der Delegation des ZK der KPD/ML aus der Volksrepublik China führte die Partei am 22. 6. in Köln eine Veranstaltung durch unter dem Thema „Es lebe die Volksrepublik China, der Freund aller Völker!"

Zu der Veranstaltung waren weit über 600 Menschen gekommen, so daß der Wirt den Saal schließlich wegen Überfüllung schloß. Nach der Begrüßung der Veranstaltungsteilnehmer durch einen Vertreter der Ortsgruppe Köln sprach Genosse Hanfried Brenner, der an der Delegation der KPD/ML teilgenommen hat, die vor kurzem für drei Wochen in die Volksrepublik China gereist war. Genosse Hanfried sprach zum einen über die Bedeutung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Westdeutschland. Im zweiten Teil seiner Rede berichtete er über die Reise der Delegation des ZK der KPD/ML in die Volksrepublik China, über den Aufbau des Sozialismus und die Festigung der Diktatur des Proletariats unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas.

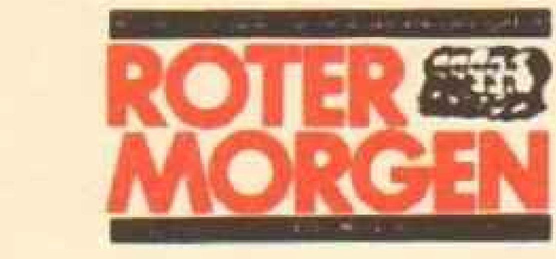
Die Agitproptruppe der KPD/ML, die aus dem Ruhrgebiet zusammengekommen waren, führten das Stück „Die junge Bahnbrecherin" auf und trugen eine Dokumentation über die Unterstützung der chinesischen Revolution durch die deutsche Arbeiterklasse vor.

An der Veranstaltung nahmen viele Menschen teil, die im Zusammenhang mit der Agitation und Propaganda der Partei zur China-Ausstellung Interesse an der KPD/ML und ihrem Kampf bekommen hatten.

ES LEBE DIE VOLKSREPUBLIK CHINA, DER FREUND ALLER VÖLKER, DAS BOLLWERK DER WELTREVOLUTION!

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26



hiermit bestelle ich

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname.........

Beruf.........

Postleitzahl/Ort.........

Straße.........
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum......... Unterschrift.........

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,- DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen. 27/75

Parteibüros der KPD/ML

Zentrales Büro und Landesverband (LV) NRW
Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 41 13 50, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

LV Wasserkante
Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel. 040 / 43 99 137, Öffnungszeiten Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen
Hannover, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 15 62, Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest
Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel. 0621 / 37 67 44, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg
Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

LV Bayern
München 2, Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19, Tel.: 089 / 77 51 70, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Westberlin
Wedding (65), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 46 52 807, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

weitere Parteibüros:

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1, Öffnungszeiten: Mo., Do. und Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, Öffnungszeiten: Mo-Fr. 17.30-19, Sa. 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Mi. 16-19, Sa. 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-13 Uhr.

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b, Öffnungszeiten: Di. und Do. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Bernhard-Ernst-Str. 5, (im Hof), Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 11-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

RAVENSBURG

Veranstaltung der ROTEN GARDE zum Thema:
„Einen deutschen Paß für Sascha."
4.7.1975, 19.30 Uhr
Ort: Gaststätte „Storchen" am Frauentorplatz.

RECKLINGHAUSEN

**Veranstaltung der OG Recklinghausen der KPD/ML zum Thema „Freiheit für Ulrich Grober".
6.7.1975, 17.00 Uhr
Ort: Gaststätte „Jägerhof", Dortmunder Straße 172
PROZESSTERMIN:
7. Juli, 9.00 Uhr
Amtsgericht, Zimmer 25.**

NEUERSCHEINUNG IM ROTFRONT-VERLAG KIEL



**132 Seiten, Preis DM 4,00
Bestellungen an:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49**